Nr. 45 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 23

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 61,— M., monatl. 20,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 34,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 27. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Kanzlerrede im Reichstag.

Die Steuerverständigung vollzogen. — Eine sichere Mehrheit.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat mit seiner gestrigen großen Rede eine Debatte eingeleitet, die manches an interessanten Einzelheiten und Zwischenfällen bringen mag, die aber doch des Reizes dramatischer Spannung entbehrt. Denn Herr Wirth ist nicht in den Reichstag gekommen, um zu siegen, sondern er ist dort erschienen, nachdem er schon gesiegt hatte, er muß um seine Mehrheit nicht mehr kämpfen, sondern er bringt sie als Frucht der mühevollen und zeitweilig kritischen Verhandlungen, die in den letzten Tagen geführt wurden, schon mit. Es wird vielleicht noch Gelegenheit sein, auf diese Verhandlungen zurückzukommen und die Frage zu untersuchen, ob in ihnen die parlamentarische Maschinerie richtig funktioniert hat.

Wie dem auch immer sei. Herr Wirth kann mit dem Ergebnis zufrieden sein. Denn seine Politik hat jetzt überhaupt keine Gegner mehr, wenn man von den Häuflein ganz rechts und ganz links absieht. Die Deutsche Volkspartei ist bereit, ihm das Vertrauen zu votieren oder doch wenigstens ein Mißtrauensvotum abzulehnen, die Unabhängigen machen zwar zur Steuerverständigung ein saures Gesicht, aber daß sie ernstlich dieser Regierung an den Kragen gehen würden, wenn sie könnten, wird gerechterweise bezweifelt. Es muß noch mehr bezweifelt werden nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers, die ein erneutes kräftiges Bekenntnis zu seiner bisherigen Politik war, also zu jener Politik, deren geistige Vaterschaft Dittmann jüngst für die Unabhängigen reklamierte. Abgesehen von dem sauertöpfischen Westarp, dem krakehlenden Höllein und ihrem geringen Anhang ist schließlich jedermann im Reichstag froh, daß die Krisenschatten vorbeigezogen sind und daß das Regierungsschiff wieder glatte Fahrt hat.

Die Verständigung über die Finanzpolitik, auf die sich die neugewonnene starke Stellung des Kabinetts stützt, ist gestern in den Nachmittagsstunden perfekt geworden. Ihr Gesicht hat sich seit vorgestern noch etwas günstiger gestaltet, so daß auch die hauptsächlichsten Bedenken der Unabhängigen ausgeräumt sein dürften. Diese hatten es in ihrer gestern nachmittag hier abgedruckten Erklärung bemängelt, daß die Zwangsanleihe einen in Papiernicht in Goldwert ausgedrückten Betrag erfasse. Die sozialdemokratischen Unterhändler haben aber zum Schluß noch durchgedrückt, daß aus den 40 Milliarden Papier ein Betrag im Werte einer Goldmilliarde wurde, was bei dem heutigen Kursstande etwa 50 Papiermilliarden entspricht. Die Unabhängigen hatten weiter getadelt, daß über die Verzinsung nichts gesagt sei, jetzt ist bestimmt, daß die Zwangsanleihe in den ersten drei Jahren zinslos bleiben soll. Auf der anderen Seite ist die Umsatzsteuer statt auf 2¼ Proz. auf nur 2 Proz., die Zuckersteuer statt auf 100 M. pro Doppelzentner auf 50 M. festgesetzt worden. Wer glaubt, daß ein besseres Ergebnis erzielt worden wäre, wenn die Sozialdemokraten über den Sturz der Regierung hinweg eine andere Lösung gesucht hätten?

Auffällig bleibt das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Da es zweifellos in einem gewissen Gegensatz zu der bisherigen Politik dieser Partei steht, ist in der deutschnationalen wie in der kommunistischen Presse der Verdacht aufgetaucht, es sei durch das Streben nach Ministerposten bestimmt. Die parteioffiziöse „Zeit" weist diesen Verdacht mit den schärfsten Worten zurück und erklärt, von der Frage, ob sich die Deutsche Volkspartei an der Regierung beteiligen solle, sei bisher mit keiner Silbe die Rede gewesen. Wir können diese Erklärung von unserer Seite aus nur bestätigen. Es ist uns darüber hinaus bekannt, daß infolge der letzten Ereignisse von London und Cannes ein Umschwung in der Auffassung der Deutschen Volkspartei eingetreten ist und daß sie — schon vor Abschluß des Steuerkompromisses — bereit war, der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen zu votieren. Sie wollte auf diese Weise rechtzeitig flüchten vor der lächerlichen Rolle derer, die im Irrtum beharren und die noch heute versichern, das Schönste wäre es gewesen, wenn die Franzosen im Mai v. J. das Ruhrrevier besetzt hätten.

Die Deutsche Volkspartei hat eingesehen, daß jetzt die Fortführung der Politik der versuchten Erfüllung eine Notwendigkeit ist und daß man um das „sichtbare Opfer des Besitzes" nicht herumkommt. Aus dieser Lage haben sie mit aller Vorsicht, deren sie fähig sind, die Konsequenzen gezogen. Daß ihre Opferwilligkeit sehr begrenzt ist und daß es notwendig bleibt, ihr gegenüber die Augen offen zu halten, darüber ist man sich in der Sozialdemokratischen Partei durchaus im klaren.

Wenn nun gestern Dr. Wirth seine Politik, gestützt auf eine starke Mehrheit und auf ein weites Finanzprogramm, vertreten konnte, so war seine Aufgabe verhältnismäßig leicht. Er hat sie überdies mit großem Geschick gelöst. Daß seine Polemik gegen den neuen Kurs in Frankreich streng im Rahmen des Sachlichen blieb und der Möglichkeit einer späteren Verständigung nicht die Türen verriegelte, hat in den Reihen der Sozialdemokratie angenehm berührt. Der Kanzler, der unter lautloser Aufmerksamkeit des übervollen Hauses etwa eine Stunde lang sprach, wahrte mit nüchterner Festigkeit die Würde des deutschen Volkes hundertmal besser, als es irgendein nationalistischer Klopffechter mit seinen hallenden Tiraden vermocht hätte. Und er setzte in glücklich gefundenen Wendungen sehr richtig das Wesen der Erfüllungspolitik auseinander, die nicht die Erfüllbarkeit des Londoner Finanzdiktats behaupten, sondern im Gegenteil durch einen ehrlichen Erfüllungsversuch seine tatsächliche Unerfüllbarkeit beweisen will.

Als einer der letzten, der das nicht verstanden hat, stellte sich dem Hause der deutschnationale Graf Westarp vor. Als er mißvergnügt und mürrisch wie immer über die Erfüllungspolitik zu dozieren begann, ohne die das Reich schon so viel besser dastünde, ergriff der größte Teil der Abgeordneten und der Tribünenbesucher lachend die Flucht. Auch die Ueberfülle der Diplomatenloge verwandelte sich im Augenblick zu gähnender Leere. Hoffentlich darf man das als ein Symbol dafür nehmen, daß das Ausland diese Art von Opposition nicht mehr ernst nimmt.

Im weiteren Lauf dieser Rede trat der Sozialdemokratische Parteivorstand in Erwägungen darüber ein, ob man nicht ganze Teile von ihr als Flugblatt zur Rechtfertigung des Verhaltens der Sozialdemokraten beim Abschluß der Steuerverständigung herausgeben könnte. Aber rein sachlich verdient es bewertet zu werden, daß selbst Graf Westarp zum Schluß die Notwendigkeit, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aus deutschen Mitteln zu bestreiten, anerkannte. Also auch auf ihn sogar hat die „Erfüllungspolitik" schon abgefärbt!

Die Rede Westarps war ein noch größerer Erfolg für die Regierung als die Rede des Reichskanzlers. Denn sie bewies, daß die Opposition zurzeit überhaupt so gut wie nichts zu melden hat.

Heute um 1 Uhr wird die Debatte fortgesetzt. Es werden sprechen: Für die Sozialdemokratie Genosse Hermann Müller-Franken, für das Zentrum Marx, für die Unabhängigen Breitscheid, für die Deutsche Volkspartei Vögler, für die Demokraten Petersen, für die wilden Kommunisten Klara Zetkin und für die zahmen Paul Levi. Das Ergebnis kann, wie gesagt, nicht zweifelhaft sein.

Vorher, um 11 Uhr vormittags, tritt der Auswärtige Ausschuß zusammen, um über die Reparationsnote zu beraten, die am Abend abgeschickt werden soll.

* * *

160. Sitzung, Donnerstag, 6 Uhr abends.

Die Ausgaben zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande sowie für Uebergangsmaßnahmen zur Umwandlung geeigneter ehemaliger Bildungsanstalten in bürgerliche Reichsbildungsanstalten werden genehmigt.

Es folgt die Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung:

Reichskanzler Dr. Wirth:

Als die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung am 26. Oktober mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag trat, vertrat ich im Namen des Kabinetts die Meinung, daß die innere und auswärtige Politik, die am 21. Mai eingeschlagen wurde, in ihren Grundlinien auch in der neuen Lage fortgeführt werden müsse, auch dann, wenn die ungünstige Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien eine neue Lage geschaffen hat. Diese Politik bedeutet, kurz zusammengefaßt: Erhaltung und Wiederaufbau des Reiches, Ueberwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden, innere Konsolidierung der Nation. In der auswärtigen Politik: Mitarbeit Deutschlands an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt. Als Mittel hierzu dient unsere feste Bereitwilligkeit, die Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage und seinen Ergänzungen bis zur Grenze des Leistungsmöglichen zu erfüllen. Im Mittelpunkt aller Probleme steht die Frage der Reparationskosten, die eine Frage der äußeren wie der inneren Politik ist. Gerade der Reparationsfrage hat in den letzten Wochen die hauptsächlichste Arbeit und Sorgfalt der Regierung gegolten. Entsprechend unserem Programm der Leistungen richtete die Regierung am 25. November, nachdem sie festgestellt hatte, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Leistungen aus unseren Reparationsverpflichtungen aus laufenden Mitteln nicht bezahlt werden können, an die Bank von England das Ersuchen, Deutschland seine Zahlungen durch eine langfristige Anleihe von 500 Milliarden Goldmark oder entsprechend kurzfristige Bankkredite zu ermöglichen. Dieses Gesuch ist von der Bank von England mit der Begründung abgelehnt worden, daß unter den Bedingungen, die zurzeit die Zahlungsbedingungen Deutschlands beherrschen, ein Kredit in England nicht erhältlich. (Lebh. Hört! Hört!) Damit war zum erstenmal festgestellt worden, daß die Deutschland auferlegte Last seine Kreditwürdigkeit vernichte, solange diese Zahlungsverpflichtungen nicht geändert sind. Die deutsche Regierung zog aus dieser Antwort die Folgerungen, daß sie an die Reparationskommission ein Gesuch um Stundung der im Januar und Februar fälligen Barzahlungen richtete.

In Cannes

wurden die Zahlungen von der Reparationskommission unter einer gewissen provisorischen Regelung gestundet und die endgültige Beschlußfassung über eine Aenderung des Zahlungsplanes für 1922 von der Vorlegung eines Reformprogramms innerhalb von 14 Tagen seitens der deutschen Reichsregierung abhängig gemacht. Dieses Programm wird in Form einer kurzen Denkschrift morgen an die Reparationskommission abgehen. Bekanntlich war der offizielle Schritt der deutschen Regierung von aufklärenden Besprechungen von privater deutscher Seite mit Wissen der Regierung in London und dann in Paris begleitet.

Dr. Rathenau

hat sich in dankenswerter Weise und mit Einsetzen seines ganzen Wissens und Könnens der Aufgabe unterzogen, endlich mit den ehemaligen Gegnern in eine nähere Berührung zu kommen und viele Mißverständnisse und unzulängliche Auffassungen über unsere Lage zu beseitigen, die bisher eine vernünftige Regelung unserer Beziehungen zum Ausland erschwerten. Herrn Dr. Rathenau gebührt deswegen **ein warmer Dank im Namen des deutschen Volkes** (Lebh. Beifall), für die Aufopferung, mit der er sich diesem Dienste unterzogen hat. In Cannes ist es uns zum erstenmal gelungen, in freier Weise und anders als in einem Verhör die wahre Lage Deutschlands auf der Konferenz auseinanderzusetzen. Diese Konferenz hat Deutschland zu einer nächsten Konferenz eingeladen, auf der die gesamte Weltwirtschaftslage und die Probleme einer Erneuerung friedlicher internationaler Wirtschaftsbeziehungen, sowie die mitteleuropäischen Fragen und die Frage Rußlands beraten werden sollen. Von der

Konferenz in Genua

hoffen wir, daß durch eine Vertiefung der weltwirtschaftlichen Probleme und Zusammenhänge auch die Reparationsfrage immer mehr dort in ihrer vollen Bedeutung erkannt wird und dadurch die von uns erstrebte Lösung gefördert wird. Wir werden nach Genua kommen nicht etwa mit dem Dolch im Gewande (Heiterkeit rechts), sondern mit offenem Visier und mit der Devise: **Verständigung aller Nationen, der Sieger und der Besiegten mit dem gemeinsamen Ziel der Wiederherstellung internationaler wirtschaftlicher Beziehungen.** (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Nur in diesem Sinne habe ich kürzlich auf der Tagung der Zentrumspartei von einem „Erfolge" auf der Konferenz von Cannes gesprochen, was der französische Ministerpräsident in der Kammer so ausgelegt hat, als ob ich die Konferenz als ein Mittel aufgefaßt habe, um dort in erster Linie das Reparationsprogramm aufzurollen.

Ich möchte im Anschluß daran noch einiges sagen über das, was wir in der letzten Zeit aus unserem westlichen Nachbarlande gehört haben. Der

französische Kabinettswechsel

ist fast in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland, als ein Symptom dafür angesehen worden, daß in der Wiederherstellung eines dauernden politischen und wirtschaftlichen Einvernehmens Rückschläge kommen können. (Sehr wahr!) Es steht der deutschen Regierung nicht zu, derartige Prognosen aufzustellen, sondern ich bin der Meinung, daß die deutsche Regierung jeder französischen Politik gegenüber, ob sie von Herrn Briand oder von Herrn Poincaré, dieselbe Haltung einzunehmen hat, nämlich die des ehrlichen Friedenswillens und der aus nüchterner Erkenntnis der realpolitischen Machtverhältnisse andererseits sich ergebenden Bereitwilligkeit zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, die nur irgend in unserer Macht steht. Die Beurteilung unseres aufrichtigen Willens ist natürlich abhängig von der Sinnesart der Politiker und Staatsmänner, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Ich kann es deshalb nicht unterlassen, mich mit den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, die er nach der Uebernahme seines Amtes gemacht hat, zu beschäftigen. Ich werde ihn nicht auf das unfruchtbare Gebiet historischer Erörterungen folgen. Das erschwert nur die Lösung lebenswichtiger Probleme. Diese Fragen werden auch von unserem Volke mit dem starken Rufe nach Gerechtigkeit erörtert. Ich bin überzeugt, daß die Entwicklung diesen Lauf nehmen wird, aber es gilt jetzt, die Grundlage für eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands zu suchen und zu finden. (Zustimmung.) Herr Poincaré hat zum Eingang seiner ersten Rede in der Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine Verpflichtungen zu erfüllen und die angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Wenn damit der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, **so muß ich dem laut und energisch widersprechen.** (Sehr wahr!) Wenn man das von Herrn Poincaré hört, muß man annehmen, daß man in Frankreich tauben Ohren predigt, diese Vorwürfe beruhen auf einer

völligen Verkennung

der ökonomischen Grundlagen der deutschen Entwicklung in der letzten Zeit. Poincaré hat weiter behauptet, Deutschland erhöhe weniger Steuern als Frankreich und suche künstlich einen Staatsbankrott herbeizuführen. Diese Auffassung kann der nicht teilen, der die deutschen Verhältnisse an Ort und Stelle unvoreingenommen studiert hat. In der Aufklärung über die

wirtschaftliche Lage in Deutschland, über die Lage der Weltwirtschaft überhaupt klafft da noch eine Lücke, die wir zu schließen bemüht sein werden. Wir werden unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie man uns aufgetragen hat, genau darlegen, obwohl wir hätten annehmen dürfen, daß schon durch unsere bisherigen Darlegungen wenigstens einige Irrtümer hätten aufgeklärt sein können. Der Erfolg wird davon abhängen, wie unsere Aufklärungen wirken werden. Mehr aber noch wird es darauf ankommen, ob Frankreich sich überhaupt aufklären lassen will. (Sehr wahr!) Schwer wird es freilich sein, in Deutschland für eine in dieser Beziehung optimistische Auffassung einzutreten, wenn man die Stellung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der sogenannten Kriegsschuldigen sieht. Er stimmte dem Vorschlage der Kammer zu, die deutsche Regierung aufzufordern, die Angeklagten den Alliierten zur Aburteilung auszuliefern. (Lebh. Pfuirufe.) Soweit damit. Wenn dem Spruch des Obersten deutschen Gerichtes der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wird, muß er mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!) Ich kann nicht annehmen, daß der Oberste Rat dies Verlangen als berechtigt anerkennen wird. **Es wird jedenfalls keine deutsche Regierung geben, die den Versuch machen wollte, die Auslieferung zwangsweise durchzuführen.** (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) Die Verbrecher freuen sich immer! — Präsident Löbe ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung. — Unruhe links.) Die französische Regierung will noch andere Fragen benutzen, um von neuem das System der Garantien und Sanktionen anzuwenden. Wir werden diesem negativen und unfruchtbaren Programm ein positives Programm entgegensetzen, das hoffentlich die öffentliche Meinung in Frankreich eines Besseren belehren und befriedigen wird. Das Wichtigste darin ist ein

baldiger Aufbau der zerstörten Gebiete

Nordfrankreichs. Das von Loucheur und Rathenau zustande gebrachte Wiesbadener Abkommen ist vor allem dazu bestimmt gewesen, dem französischen Wunsche nach Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in den allernächsten Jahren Rechnung zu tragen.

Auf innerpolitischem Gebiete ist die Regierung bemüht, einerseits durch

neue Steuern

die Einkünfte des Reiches zu vermehren, andererseits die Ausgaben zu verringern und die hauptsächlichsten und schwersten Defizite des Etats zu beseitigen. Die neuen Steuergesetze haben den langen und schwierigen Weg durch die Ausschüsse hinter sich und werden in allernächster Zeit dem Reichstage zur Beschlußfassung zugehen. Das Gesamtaufkommen unserer Steuern überhaupt nach Annahme der Steuergesetze wird

auf rund 100 Milliarden Mark geschätzt,

gegenüber dem Etat für 1921 mit 55 Milliarden Mark. Zur Erreichung dieses Zieles war ein Kompromiß nötig, das heute zustande gekommen ist. (Gelächter bei den Deutschnationalen.) Diesem Kompromiß haben sich die Parteien der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei angeschlossen. Es ist wie folgt zustande gekommen:

1. Der Zuschlag zur Reichsvermögenssteuer soll 200 Proz. betragen. Dazu soll eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Mark Goldmark aufgebracht werden. Diese ist in den ersten drei Jahren unverzinslich.
2. Die Nachkriegssteuern, die ein nicht genügendes Aufkommen ergeben, sollen fallen gelassen werden.
3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Proz. zur Anwendung kommen.
4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Proz. betragen, mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.
5. Die Zuckersteuer soll mit Rücksicht auf die starke Vorbelastung des Verbrauchs und die Umsatz- und Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsernährung auf 50 M. für den Doppelzentner festgesetzt werden.
6. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden.
7. Bei der Biersteuer sollen die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden.
8. Die Einheit der Gesamtsteuervorlage soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden; in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Im Anschluß an dieses große Gesetzgebungswerk (Gelächter bei den Deutschnationalen) und mit Rücksicht auf die riesige Geldentwertung muß im Interesse einer möglichst schleunigen Durchführung der Gesetzgebung auf das Bedürfnis der Steuerverwaltung unter möglichster Vereinfachung der Gesetzgebung Rücksicht genommen werden.

Lloyd George

meinte in einer Rede, die Welt könne nicht gesunden, wenn nicht das Vertrauen von Volk zu Volk, von Regierung zu Regierung, von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft wiederkehre. Ich nehme sein Wort vom internationalen Vertrauen auf als ein großes politisches Bekenntnis. Der Kriegsgeist soll mit dem Kriegsbeil begraben werden, das ist die Hoffnung der Völker. Durch die Politik der Macht, der Gewalt und der Drohungen, die 7 Kriegsjahre lang geherrscht hat, ist die europäische Staatenwelt, insbesondere wirtschaftlich, in Trümmer gegangen. Die wirtschaftliche Not in allen Ländern wächst; selbst bei den Siegern. Die wirtschaftliche Vernunft muß wiederkehren. Die jetzige Arbeitslosigkeit ist eine deutliche Warnung. Unter den unmöglichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands kann die Weltwirtschaft üüberhaupt nicht bestehen. Sie ist ein Organismus, bei dem die Schwächung eines Teiles auf die Dauer zur Schwächung des Gesamtorganismus führen muß. Die jetzigen Reparationsforderungen haben den Welthandel in die größte Verwirrung gebracht. Die Ueberspannung der Reparationsaufgaben muß unausbleiblich zu einer großen Not des arbeitenden Volkes in allen Teilen der Welt führen. Die Gewaltpolitik ist keine Politik der Dauer. Sie führt zur Katastrophe der Weltwirtschaft. Der Weg zur Rettung der Welt aus der harten Not der Zeit kann nur zu einem dauerhaften Frieden führen auf dem Wege der Verständigung und der wirtschaftlichen Vernunft. Nachdem sich die Atmosphäre gereinigt hat, können die Männer der Wirtschaft zusammentreten, sie müssen die weltwirtschaftlichen Tatbestände ruhig durchstudieren, unter Zurückstellung aller nationalen Leidenschaften und das Ziel eines wahrhaften Wiederaufbaus verfolgen. Wie die Weltwirtschaftskonferenz ausgehen wird, wissen wir nicht. Weitestgehende produktive Beseitigung des Erwerbslosenelends wird ein Hauptziel von Genua sein müssen. Mit den anderen Mächten sind wir, wie ich glaube, darin eins, daß der Wiederaufbau Rußlands

nur im Einvernehmen mit Rußland

durchgeführt werden kann. Wir hegen die größten Bedenken gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie betrachtet und behandeln würde. Namens der Reichsregierung des deutschen Volkes beklage ich, daß in dem Papst Benedikt XV. der vornehmste Förderer des Friedens die Welt verlassen hat. (Redner verliest die Friedenskundgebung des verstorbenen Papstes am 1. August 1917 an die Oberhäupter der kriegführenden Völker.) Damals ist dieser Appell ungehört verhallt. Er ist aber heute noch ebenso dringlich wie damals. Ich richte ihn ebenso dringend an alle, von denen der Frieden der Welt abhängt: Macht das Wort wahr: Friede auf Erden! (Unruhe und Zwischenrufe links.) Aber der Friede ist nur denen beschieden, die guten Willens sind. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Unruhe links.) Diesen guten Willen haben wir gezeigt und werden ihn weiter zeigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Das Haus tritt sofort in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Graf Westarp (Dnatl.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit von den allgemeinen Redensarten des Reichskanzlers zu ernsteren Fragen ablenken. (Große Unruhe und Zurufe bei der Mehrheit.) Wir protestieren aufs schärfste gegen die unparlamentarische Behandlung der Antwort an die Reparationskommission. Mit der Uebergehung des Reichstags hat sich das parlamentarische System selbst das schlimmste Urteil gesprochen. **Die Konferenz von Genua ist für uns mehr eine Gefahr als ein Erfolg.** Die neuen Garantien, die Sie dem Feindbund anbieten, sind eine objektive Unehrlichkeit. Wir versagen dieser unmöglichen Politik unsere Zustimmung.

(Während der Rede des Abg. Graf Westarp erlitt die Abgg. Frau Zietz (U. Soz.) einen Ohnmachtsanfall und mußte aus dem Saal getragen werden.)

Nach der Rede Westarps vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Kleine Anfragen. Weiterberatung. Schluß ¾9 Uhr.

Politik und Geschäft. Zu dieser Notiz ersucht uns der Modenzeitungsverlag W. Bobach u. Co., Dessauer Str. 34, mitzuteilen, daß er mit dem Kunstverlag Willy Bobach, Dessauer Str. 38, von dem das durch uns kritisierte Rundschreiben ausging, nichts zu tun hat. Der besagte Willy Bobach ist seit 1. Juli 1920 aus der Firma W. Bobach u. Co. ausgeschieden.

Juristenreform.

Wie die PPN. hören, hat der preußische Kultusminister im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Justizministerium ein Reformprogramm über die Vorbildung der preußischen Beamten der Justiz und der inneren Verwaltung ausgearbeitet. Als wesentlichste Gesichtspunkte dieses Reformprogramms können folgende Gedanken bezeichnet werden:

Die wachsende Verknüpfung von Recht und Wirtschaft verlangt die stärkere Betonung wichtiger Rechtsgebiete im Studiengang; insbesondere muß die wirtschaftliche und öffentlich-rechtliche Vorbildung der Juristen und Verwaltungsbeamten vertieft werden: finanzwissenschaftliche Probleme und wichtige verwaltungsrechtliche Materien (Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gewerberecht, Steuerrecht usw.) brauchen Raum. Andererseits brauchen unbeschadet des anzuerkennenden Wertes der rechtsgeschichtlichen Darbietungen die Prozeßrechte nur in den Grundlagen gelehrt zu werden. Durch Vorlesungen und auf das Wesentlichste beschränkte Ergänzungsvorlesungen kann weiter Raum für die nach Neigung, Anlagen und Arbeitsziel zu wählenden Sonderstudien geschaffen werden. Eine straffe Durchführung der konservatorischen Methoden wird diesem Ziel zustreben. Das für Justiz- und Verwaltungsjuristen gemeinsame Studium soll eine gemeinsame Prüfung abschließen. Als wesentliche Neuerung ist hier die Ablegung des mündlichen Teils der Prüfung in zwei zeitlich dicht folgenden Terminen vorgesehen, deren erster im wesentlichen im engeren Sinne des Wortes juridische Fächer umfassen soll, während im zweiten das öffentliche Recht und die wirtschaftlichen Staatswissenschaften geprüft werden sollen. Der großen Schwierigkeit, in der knappen Zeit von sechs Semestern die theoretische Schulung für die besonders verantwortungsvolle gerichtliche Tätigkeit zu vollenden, will die Regierung dadurch gerecht werden, daß die Referendare nach etwa 2 Jahren der praktischen Vorbereitung zu einem auf 6—8 Monate bemessenen zweiten akademischen Studium gebracht werden.

Man geht kaum fehl, wenn man in dieser Juristenreform einen Erfolg des Vereins für Sozialpolitik erblickt, der auf seiner letzten Tagung gute Anregungen für eine Studienreform der Juristen und höheren Verwaltungsbeamten gab.

Bei geeigneter Durchführung kann die von der Regierung eingeleitete Reform des juristischen Studiums grundlegende Bedeutung erlangen. Auch in bürgerlichen Kreisen wuchs in letzter Zeit die Erkenntnis, daß zwischen unserer Justiz und dem Volk eine Kluft besteht, die dazu beiträgt, die Autorität des Staates und das Ansehen der Gerichte zu untergraben. Es ist nicht lediglich eine Phrase, wenn man von der Weltfremdheit der Richter spricht. Eine Erweiterung des Gesichtskreises der Rechtsbeflissenen nach der volkswirtschaftlichen Seite hin wird zweifelsohne dazu beitragen, gewisse Gegensätze und Starrheiten zu mildern, wenn es auch Hauptbedingung bleibt, daß sich der Geist von einer überlebten Tradition loslöst. Auch für die Verwaltung, die bisher von 90 Proz. Nurjuristen und 10 Proz. Volkswirtschaftlern betreut wurde, ist es eine Genugtuung, wenn Volkswirtschaft und Rechtslehre enger aufeinander eingestellt werden.

Vom Standpunkt der Studierenden allerdings läßt sich nicht verkennen, daß die Neuordnung manche Härten in sich birgt. Die Nurvolkswirtschaftler konnten bislang nach dreijähriger Studienzeit in das praktische Leben treten; wenn dem auch weiterhin nichts im Wege steht, so läßt sich doch nicht verkennen, daß ihnen in Zukunft in dem volkswirtschaftlich durchgebildeten Juristen ein wahrscheinlich nicht ganz bequemer Konkurrent erwächst. Für die Juristen bedeutet der Entwurf eine neue Verlängerung ihrer an sich bereits sehr ausgedehnten Studien- und Lehrzeit und den Minderbemittelten schrecken weitere materielle Ansprüche vor dem Studium der Rechtswissenschaften zurück. Demgegenüber muß allen Ernstes die Frage erhoben werden, ob es nicht an der Zeit ist, mit dem System des Referendars als unbesoldeten Volontär zu brechen.

Die Sache der Gerechtigkeit.

Personen: Der Patriot. Der neutrale Gelehrte.

Der Patriot: Mein Besuch, Herr Professor, bezweckt, daß Sie sich mit der ganzen Autorität Ihres Namens für die Sache meines Landes einsetzen.

Der Gelehrte: Wie käme ich dazu?

Der Patriot: Weil die Sache meines Landes die Sache der Gerechtigkeit und damit der ganzen Menschheit ist.

Der Gelehrte: Es ist eine verzeihliche menschliche Schwäche, daß jeder die Sache seines Landes für gerecht hält.

Der Patriot: Ich bin frei davon. Mein glühender Eifer wurzelt in der felsenfesten Gewißheit, daß die wahre, die wirkliche, die einzige Gerechtigkeit auf unserer Seite ist.

Der Gelehrte: Sehen Sie sich vor. Der Satz „Recht oder Unrecht — mein Vaterland" atmet gewiß barbarische Urwüchsigkeit und steht im Gegensatz zu jeder tieferen Ethik. Aber er gibt seinen Anhängern eine sichere Grundlage. Daß Ihr Land Sie geboren hat, daß Sie seine Sprache sprechen, ist unumstößliche Tatsache. Der Glaube an das Recht Ihres Landes aber könnte sich eines Tages als falsch erweisen, und dann ständen Sie vor der peinlichen Notwendigkeit, gegen Ihr eigenes Land Partei ergreifen zu müssen.

Der Patriot: Das Recht und die Unschuld meines Landes stehen für mich so felsenfest, daß ich Ihnen ohne Zögern antworte: An dem Tage, wo dieses Recht sich als Unrecht erwiese, würde ich jede, auch die letzte Konsequenz aus der neuen Erkenntnis ziehen.

Der Gelehrte: Ein kühnes Wort, ein tapferes Wort. Aber die Gegenseite sieht bekanntlich die Sache ganz anders an. Sie stellt Behauptungen auf, wonach gerade Ihr Land eine große Schuld an der Entstehung des Krieges trifft.

Der Patriot: Verdrehungen, Schwindel! (Zieht eine Broschüre aus der Tasche.) In dieser Schrift sind alle Behauptungen der Gegenseite widerlegt.

Der Gelehrte: Ich gebe zu, die Dokumente sind zweifelhaft. Es könnte jedoch ein Dokument existieren — Ihnen und der Welt heute noch unbekannt —, aus dem unzweifelhaft und unwiderleglich eine furchtbare Schuld Ihrer Regierung hervorgeht.

Der Patriot: Hypothese!

Der Gelehrte: Doch mehr als Hypothese. Ich habe von einem solchen Dokument reden hören.

Der Patriot: Fälschung!

Der Gelehrte: Seine Echtheit ist unerschütterlich.

Der Patriot: Und aus ihm sollte hervorgehen . . .

Der Gelehrte: . . . daß die Regierung Ihres Landes den Krieg absichtlich und frivol herbeigeführt hat.

Der Patriot: Haben Sie dies Dokument gesehen?

Der Gelehrte: Ich habe es gesehen.

Der Patriot: Ich aber werde nicht daran glauben, als bis ich es gesehen habe.

Der Gelehrte: Das Vergnügen können Sie haben.

Der Patriot: Was heißt das?

Der Gelehrte: Das Dokument befindet sich in meinem Besitz.

Der Patriot: Nicht möglich!

Der Gelehrte: Dort in jener Schublade liegt es. Der Schlüssel steckt. Bedienen Sie sich.

Der Patriot (springt wie ein Wahnsinniger zur Schublade): Her damit! (Er reißt ein Bündel Papiere heraus und wirft sie mit Blitzesschnelle in das Kaminfeuer, wo sie auflodern. Nachdem sie verbrannt sind, aufatmend.) Gottlob, diese Gefahr wäre beseitigt!

Der Gelehrte (sehr ruhig): Lieber Freund, was Sie eben verbrannt haben, ist ein Haufen alte Rechnungen. Das Dokument, von dem ich sprach, besitze ich natürlich nicht. Seine Erfindung entschuldigen Sie wohl, weil ich auf experimentellem Wege die Tiefe Ihres Gerechtigkeitsfanatismus erfunden wollte. Das Experiment ist geglückt. Sie haben offenbar keine weiteren Mitteilungen an mich.

Der Patriot (verläßt ziemlich begossen das Zimmer).

(Nachwort des Verfassers: Diese kleine Szene kann in jeder europäischen Sprache aufgeführt werden, ohne an welthistorischer Treue zu verlieren.) Atta Troll.

Nikischs Totenfeier. Gestern nachmittag fand die Einäscherung der Leiche Nikischs auf dem Leipziger Südfriedhof statt. Wie das „Leipziger Tageblatt" berichtet, widmete in der Kapelle, wo die Familie und die Mitglieder seines Orchesters waren, als einziger Sprecher Dr. Arthur Nikisch, des Meisters ältester Sohn, den der Vater am letzten Lebenstage darum gebeten hatte, diesem einen Nachruf. Er sagte ihm Dank für die viele Liebe, die von ihm erwiesen worden sei. Sein Leben sei nächst der Kunst seinen Freunden in immer großer Güte gewidmet gewesen. Am Dirigentenpult habe er sich nie schwach und krank gefühlt, er habe den Körper vergessen. Schon nach dem letzten Konzert in Berlin hätten sich die Vorboten der tückischen Krankheit gezeigt, aber er habe noch nichts von Ruhe und Schonung wissen wollen und habe nochmals in Leipzig vor dem Orchester gestanden. Er habe stärker sein wollen als der Tod, aber der Tod sei stärker als wir alle. Dann erklang das Adagio für zwölf Celli von Julius Klengel, das Nikisch für diese Stunde bestimmt hatte. Nach dem Adagio setzte die Orgel ein, und der schwarzverhüllte, mit weißen Blumen bedeckte Sarg sank in die Tiefe.

Ein Wolkenkratzer in Kassel. Aus Kassel wird uns geschrieben: In der Hauptstadt der Provinz Hessen-Nassau hat sich ein Konsortium gebildet, das bezweckt, auf dem Platze der ehemaligen Garde-du-Corps-Kaserne einen Wolkenkratzer zu errichten. Es soll, um der Wohnungsnot zu steuern, ein Turmbau entstehen, der die Bureaus aufzunehmen hat. Die Baukosten sind mit 50 Millionen Mark veranschlagt. Die Stadt Kassel, der Bezirksverband für den Regierungsbezirk Kassel und verschiedene Korporationen des Handels und des Handwerks bewilligten Beiträge zu den Entwürfen. Das Unternehmen ist, wie verlautet, gesichert.

Eine „Deutsche Akademie des Städtebaues?" Der Ausschuß des Bundes deutscher Architekten beschäftigte sich dieser Tage in einer Sitzung, zu der Vertreter aus allen Bezirken des Reiches anwesend waren, auch mit der Gründung einer Deutschen Akademie des Städtebaues. Bei der Gründung, die unter Leitung des hinlänglich bekannten wilhelminischen Burgenbauers Bodo Ebhardt steht, wird die Absicht verfolgt, 15 Architekten als Auslese über die deutsche Fachwelt hinauszuheben. Dies Vorhaben erregt um so mehr die Verwunderung weiter Kreise der deutschen Architektenschaft, als es lediglich der privaten Initiative einiger Berliner Architekten entspringt. Auch der Name „Deutsche Akademie des Städtebaues" könnte irre führen. Der Ausschuß des Bundes beschloß, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen und behält sich endgültige Schritte vor.

Der englische Astronom William Christie ist im Alter von 77 Jahren gestorben. 1881 wurde er zum Direktor des weltberühmten Observatoriums in Greenwich berufen. Diese Stätte der astronomischen Wissenschaft, deren Leitung Christie mehr als 40 Jahre innehatte, verdankt ihm im wesentlichen den Ausbau der Sternwarte zu einem Institut, das an Gebäudeumfang und Ausstattung mit modernen wissenschaftlichen Instrumenten kaum von einem anderen Observatorium der Welt erreicht wird. Besonders große Erfolge erzielte der verstorbene Astronom auf dem Gebiete der Sternphotographie und der Beobachtung von Sonnenfinsternissen.

Geheimnisvolle Abreise des „Blue Boy". Das bedeutendste Werk der englischen Bildnismalerei, Gainsboroughs „Blue Boy" (Blauer Knabe) verläßt England Ende dieser Woche, um seinem neuen amerikanischen Besitzer zugeführt zu werden. Die Ueberfahrt des Gemäldes vollzieht sich unter den geheimnisvollsten Sicherheitsmaßnahmen. Der Name des Schiffes, mit dem der „Blue Boy" reist, wird völlig geheim gehalten. Ebenso kennt niemand das Datum der Abfahrt, und auch an Bord des betreffenden Dampfers wird niemand wissen, daß der blaue Knabe zu den Passagieren zählt. Während der Ueberfahrt ist das Bild einem Angestellten der Kunstfirma Gebr. Duveen anvertraut, der Befehl hat, weder bei Tage noch bei Nacht das Bild zu verlassen. Gegen die Gefahren der Ueberfahrt wurde der „Blue Boy" mit etwa 150 000 Pfund Sterling versichert.

Geburtenabnahme in England. Nach den neuesten Mitteilungen des Britischen Statistischen Amtes haben die Geburtsziffern für 1921 in England und Wales einen starken Rückgang aufzuweisen. Es wurden etwa 850 000 Geburten verzeichnet, also rund 100 000 weniger als im Jahre 1920. Es ist dies die niedrigste Geburtenziffer seit dem Jahre 1875 mit alleiniger Ausnahme der Kriegsjahre von 1915—1918. Andererseits ist aber die Zahl der Todesfälle mit 460 000 die niedrigste, die seit dem Jahre 1862 festgestellt wurde. Der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle betrug im Jahre 1921 nur 400 000 gegen fast 500 000 im Jahre 1920. Die Steigerung der Geburten nach dem Kriege hat also wieder aufgehört, und die Geburtenziffer fällt unter den Vorkriegsstand.

Die Galerie Eduard Schulte bringt in ihrer neuen Ausstellung außer einer Sammlung der Berliner Künstlergruppe Jagd und Sport noch umfangreiche Kollektionen von Professor August von Brandis-Aachen, Prof. Otto H. Engel-Berlin, Professor Philipp Franck-Wannsee, Karl Hennert-Berlin, Otto Thiele-Berlin und Prof. Robert Weise-Starnberg.

Regierungskrise in Wien.

Annahme des Vertrages von Lana.

Wien, 26. Januar. (WTB.) Der Nationalrat hat das politische Abkommen mit der Tschechoslowakei in namentlicher Abstimmung mit 104 Stimmen der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen gegen 23 Stimmen der Großdeutschen angenommen. Der Bundeskanzler Schober erklärte nach eingehender Polemik gegen die Großdeutschen, daß er der wiederholten Aufforderung der Großdeutschen Volkspartei, zu demissionieren, unmittelbar nach Schluß der heutigen Sitzung nachkommen werde.

Dr. Dinghofer (Großdeutscher) erklärte in seiner Rede, daß die Hauptursache des österreichischen Elends der unglückselige Friedensvertrag sei, an dem die Hauptschuldigen Kramarsch, Benesch und Masaryk seien. Angesichts der tagtäglichen Drangsalierungen der Deutschen in der Tschechoslowakei finde es die österreichische Regierung richtig, gerade mit der Tschechoslowakei als ersten Staat ein politisches Abkommen zu schließen und darin noch dazu den Friedensvertrag von St. Germain freiwillig anzuerkennen.

Bundeskanzler Schober sagte gegenüber dem Vorwurf der Großdeutschen, daß er ebensogut deutsch fühle wie sie und in seinem Herzen die deutsche Flamme ebenso rein und hell brenne. Er habe niemals den Beifall der Entente erstrebt, aber den Beifall und das Vertrauen der Deutschösterreicher.

Der englisch-belgische Schutzvertrag.

Paris, 26. Januar. (WTB.) „Petit Parisien" veröffentlicht den Text des geplanten englisch-belgischen Schutzvertrags. Der Entwurf, der augenblicklich der Prüfung des Londoner Kabinetts unterliegt, hat folgenden Wortlaut:

Im Hinblick darauf, daß das belgische Gebiet, das zwischen Deutschland und Frankreich liegt, in besonderer Weise exponiert ist, und im Hinblick darauf, daß Deutschland, um Frankreich anzugreifen, Anfang August 1914 in Belgien eingebrochen ist, sowie im Hinblick darauf, daß Belgien noch unter den durch Einfall und Besetzung verursachten Schäden leidet, haben der englische König und der König von Belgien sich zu folgendem Abkommen entschlossen:

Art. 1. Im Falle eines direkten und provozierenden Angriffs auf Belgien wird Großbritannien Belgien sofort mit allen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu Hilfe eilen.

Art. 2. Belgien wird alle seine militärischen und Luftstreitkräfte verwenden, um seine Grenzen im Falle eines Angriffs oder einer Verletzung seines Territoriums zu verteidigen. Belgien wird keinen Vertrag schließen oder kein Abkommen treffen, das mit diesem Abkommen unvereinbar ist.

Heute Deutschland-Debatte in Paris.

Paris, 26. Januar. (WTB.) Heute vormittag hat unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettsrat stattgefunden. Die Regierung hat beschlossen, die Kammer zu ersuchen, die Debatte über die von Deutschland zu erstattenden Ausgaben auf der Tagesordnung für die morgige Sitzung an die zweite Stelle zu rücken. In erster Linie werde über die Sanierung der Banque industrielle de Chine verhandelt werden.

Paris, 26. Januar. (WTB.) Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat mit 15 gegen 14 Stimmen den radikalen Senator Doumergue zum Vorsitzenden gewählt. Die 14 Gegenstimmen sind für de Selves (Poincarist) abgegeben worden.

Paris, 26. Januar. (EP.) Die „Liberté" schreibt, es sei ein Irrtum, zu glauben, daß Deutschland nicht bezahlt. Deutschland bezahlt die Campagne der französischen Kommunisten gegen Frankreich (!) und insbesondere gegen die Politik Poincarés. Es hat auch in Italien die jüngste Campagne bezahlt, die uns mit den italienischen Freunden entzweit hat. Es bezahlt auch heute in den Vereinigten Staaten eine gewisse Presse, die uns als blutrünstige Militaristen bezeichnet. Aber das Abscheulichste ist jedesmal, wenn die kommunistische Presse behauptet, daß Poincaré den Krieg gewollt habe und ihn noch wolle. Das Bild unseres loyalen Ministerpräsidenten kann nicht mehr auf der Leinwand eines Kinos der Vorstadt erscheinen, ohne daß sich der Ruf erhebt: Nieder mit dem Kriege! In Berliner Kinos wird weniger aufgehetzt.

Zum 27. Januar.

Deutschnationales Jammergetön:
Unser Kaiser, Gott, wie war es schön!
Auf weißem Roß [illegible] der Kavallerie . . .
So was sieht man [illegible] niemals nie!
Marmoralleen, Herk[illegible]rade,
. . . und dann die Suade!
„Auf Vater und Mutter . . ." — „Keine Gefangenen" —
Das zählt, ach, alles zum Vergangenen.
„Dreizack — Panzerfaust — schimmernde Wehr" —
Patriotenherz, was wolltest du mehr?
„Schwarzseher duld' ich nicht" — „Rinnsteinkunst" —
Alles umsunst!

Der Mann, der so ritterlich gesprochen,
Was hat er eigentlich verbrochen?
Er hat doch stets das Beste erstrebt,
Mit Orden seine Weste beklebt,
Den Schnurrbart martialisch hochgezwirbelt, —
Und dann wird er davongewirbelt!

Er wollte unser aller Glück:
Denkt an die Rückenfalte zurück,
Den Pächterrauschmiß von Kadinen,
Und wie er dann für die Marinen
Den halbrechtwinkligen Gruß erdacht, —
Und zur Strecke gebracht auf Romintens Flur
Die fünfzigtausendste Kreatur, —
Das hat in der Welt uns groß gemacht!

So bleibt er, stets von uns bewundert,
Der größte Deutsche in diesem Jahrhundert,
Trotz des republikanischen Spottes
Das auserwählte Instrument seines Gottes,
Der durch IhR, den Gebenedeiten,
Uns entgegengeführt hat herrlichen — Pleiten!

Mich. von Lindenbecken.

Museumsführungen. Am Sonntag, den 29., 9½ Uhr finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Rembrandt und Franz Hals) und im Alten Museum (Antike Kleinkunst in Bronze) statt. Einlaßkarten (1 M.) sind vor Beginn der Führungen am Eingang der Museen erhältlich.

Im Neuen Volkstheater wird zurzeit neben der Vorbereitung von Julius Maria Beckers „Letztem Gericht" ein Werk von Max Brod einstudiert, für das Bernhard Reich als Regisseur und Raoul Lange vom Deutschen Theater als Darsteller gewonnen sind.

Einen Wettbewerb für das beste deutsche Chanson schreibt Trude Hesterberg, die künstlerische Leiterin der „Wilden Bühnen", aus. Die Einsendungen müssen, mit der Schreibmaschine in 15 Exemplaren hergestellt, bis zum 1. März bei Frau Hesterberg, Charlottenburg, Kantstr. 12, eingelaufen sein. Preise: 4000, 3000, 2000 M.

„Hamburger Speeldeel" ist eine neue niederdeutsche Bühne in Hamburg, die sich hauptsächlich der Pflege niederdeutscher Mysterienspiele sowie überhaupt plattdeutscher Bühnenwerke widmen will. Als erste Aufführung wird ein nach dem Lübecker Totentanz bearbeitetes Drama „Dodendanz" von Edgar Schacht gegeben.

Kämpfe in Aegypten.

Rom, 26. Januar. (EP.) „Il Monde" meldet aus Kairo: Die englandfeindlichen Aufstände in Aegypten haben einen großen Umfang angenommen. Es ist zu Zusammenstößen zwischen Nationalisten und der Polizei gekommen, in deren Verlauf es 190 Tote und über 1000 Verletzte gegeben haben soll. Die Aufständischen waren mehrere Stunden lang Herren der Stadt Kairo, die erst wieder mit einem größeren Truppenaufwand in die Gewalt der britischen Behörden kam.

Das Programm des Reichspostministers.

In der Sitzung des Verkehrsbeirats des Reichspostministeriums machte am Donnerstag der Reichspostminister Ausführungen, aus denen wir kurz hervorheben: Die Hauptgründe der großen Fehlbeträge in den letzten Jahren sind die alle Dienstzweige noch stark belastenden Folgen des Krieges, das sprunghafte Anwachsen der Personalkosten und sächlichen Ausgaben und nicht zum wenigsten das Zurückbleiben der Post-, Telegraphen- usw. Gebühren hinter der Geldentwertung. Seit 1913 hat sich das Durchschnittsjahreseinkommen einer Arbeitskraft um das Fünfzehnfache erhöht, die Preise der hauptsächlichsten Materialien sind in derselben Zeit um das Zwanzig- bis Fünfundzwanzigfache, ja Fünfundvierzigfache gestiegen. Der Personalbestand ist von 266 400 auf 426 100, also um 159 700 Köpfe gestiegen. Die Kopfzahlvermehrung hat schon während des Krieges eingesetzt. Die Demobilmachung hat weiteren Zufluß gebracht. Ferner machte der Minister verantwortlich für die „Aufblähung des Personalbestandes" die Ausdehnung des Urlaubs, die Zunahme der durchschnittlichen Krankheitsdauer, vor allem aber die „schematische Durchführung des Achtstundentages". Die Verwaltung habe schon umfangreiche Entlassungen vorgenommen, einer rascheren Abstoßung überflüssiger Kräfte stehen aber Widerstände entgegen, namentlich der politischen und Berufsvertretungen. Der Arbeitswille des Personals habe sich gehoben, aber den alten Stand noch nicht wieder erreicht.

Ueber die Wirkungen der neuen Gebührenordnung teilte der Minister mit, daß in einzelnen Verkehrszweigen ein Rückgang eingetreten sei, der sich aber nicht gleichmäßig äußere. Im Fernsprechverkehr ist eine Entlastung der stark belasteten Fernlinien bis jetzt nicht eingetreten, die Abnahme im Orts- und Nahverkehr entspricht den Erwartungen. Die Zahl der Kündigung von Anschlüssen ist sehr gering.

Der Minister verbreitete sich dann über die getroffenen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. Auf dem Gebiet des Personalwesens sei das Ziel die volle Inanspruchnahme der Arbeitskräfte. Seit September 1921 wird die Dienstbereitschaft nur zur Hälfte auf die Arbeitszeit angerechnet. Höher bezahlte Kräfte werden fortgesetzt durch Beamte mit einfacherer Vorbildung und geringerer Bezahlung ersetzt. Bei dem ganzen Werke der Vereinfachung und Verbilligung soll der kaufmännische Geist voll zur Geltung kommen. (Aber der soziale Geist nicht gänzlich verloren gehen! Red. d. „V.")

Nach dem Minister machte Staatssekretär Dr. Bredow Mitteilungen über den Funkverkehr mit den Vereinigten Staaten und den Wiederaufbau des deutschen Kabelwesens, ferner über den innerdeutschen Funkverkehr.

Erleichterter Steuerabzug bei Beamten.

Zur Einführung des erleichterten Verfahrens bei der Steuererhebung von Beamten und Angestellten, die in einem dauernden Dienstverhältnis stehen, von Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen bei Reichs- und Landesbehörden sowie bei Gemeinden mit ausreichender Sicherheit bestimmt der preußische Finanzminister im Namen des Gesamtministeriums folgendes:

Das Kleben von Steuermarken und das Ausschreiben von Ueberweisungsblättern kommt vom 1. Januar 1922 ab in Wegfall. Die einbehaltenen Steuerbeträge werden nicht wie bisher unter Beifügung einer namentlichen Liste der zuständigen Finanzkasse überwiesen; vielmehr sind sie von den Kassen in kürzester Frist nach den regelmäßigen Zahltagen, spätestens bis zum 10. des Monats, der Finanzkasse in einer Summe ohne Aufführung der einzelnen Steuerpflichtigen im Reichsbank(Giro)wege oder im Postscheckverkehr zu überweisen. Die Ermäßigungen der einbehaltenen Beträge für die Person des Steuerpflichtigen sind vom 1. Januar 1922 ab nach Maßgabe der Eintragungen im Steuerbuch vorzulegen. Soweit die durch die Steuernovellengesetzgebung geänderten Ermäßigungsbeträge bei Auszahlung der Bezüge zum 1. Januar 1922 nicht berücksichtigt werden konnten, sind sie bei einer späteren Zahlung von Dienst- oder Versorgungsgebührnissen mit zu verrechnen.

Die Neuordnung in der Ostmark.

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Der im preußischen Ministerium des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark ist nunmehr, nachdem das Preußische Staatsministerium seine Zustimmung erteilt hat, dem Staatsrat zur gutachtlichen Aeußerung zugegangen. Die Gesetzesvorlage sieht entsprechend den Wünschen der Bevölkerung einmal die Bildung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen aus den westlich des sogenannten polnischen Korridors gelegenen Teilen der Restprovinz Westpreußens und den bei Preußen verbliebenen Restteilen der Provinz Posen vor. Fernerhin soll die Vereinigung der östlich der Weichsel gelegenen Teile der Restprovinz Westpreußen mit der Provinz Ostpreußen erfolgen. Schließlich werden die an das Memelgebiet angrenzenden Kreise, die durch die neue Grenzführung Teile ihres Gebietes verloren haben, neu gestaltet.

„Oberland" auf dem Rückzug.

Unter der Ueberschrift „Eine Verschwörung gegen die Reichsregierung" hatte vor einiger Zeit das „Hamburger 8-Uhr-Abendblatt" Enthüllungen über das Freikorps Oberland gebracht. Ein in diesem Artikel besonders bloßgestellter Graf Otto Albrecht von Mandelsloh, strengte daraufhin Privatbeleidigungsklage gegen den Chefredakteur und den verantwortlichen Redakteur des Blattes an.

Nachdem bereits Termin zur Hauptverhandlung auf den 24. Januar anberaumt war, ging ganz kurz vor diesem Termin den Angeklagten der gerichtliche Bescheid zu, daß **der Kläger die Klage zurückgezogen** hat und dementsprechend das Verfahren eingestellt worden ist. Die Oberländer scheinen danach zu der Güte ihrer Sache sehr wenig Vertrauen zu haben. Dem Staatsanwalt sollte jedenfalls dieser Rückzug zu denken — und zu handeln geben.

Groener gegen das Beamtenstreikrecht.

Der Reichsverkehrsminister hat in der Frage des Beamtenstreiks den Reichsbahnbehörden folgende Anweisung gegeben:

Nach Zeitungsnachrichten hat der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter beschlossen, der Reichsregierung Forderungen vorzulegen unter Stellung einer Frist, nach deren fruchtlosem Ablauf die Beamtenschaft zum Eintritt in den Streik aufgefordert werden soll. Ich habe die Reichsgewerkschaft befragt, ob diese Nachricht zutrifft, und sehe mich veranlaßt, folgendes bekannt zu geben:

Jeder Eisenbahnbeamte ist verpflichtet, seine volle Kraft einzusetzen für den Dienst, insbesondere für die sichere und geordnete Bewältigung des Betriebes und Verkehrs. Gegen diese Pflicht verstößt nicht nur, wer sich ohne begründete Entschuldigung vom Dienste fernhält, sondern auch, wer Arbeiten nicht ausführt, die seiner Dienststellung gemäß ihm obliegen oder von der zuständigen Stelle aufgetragen werden. Jede willkürliche Dienstverweigerung ist eine Verletzung der Amts- und Dienstpflichten, die den Beamten gegenüber der Allgemeinheit obliegen, sie ist als Dienstvergehen strafbar. Gleich wie das Reich nicht in der Lage ist, das Anstellungsverhältnis eines Beamten unter Außerachtlassung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu lösen steht auch dem Beamten ein Recht auf Arbeitsverweigerung nicht zu.

Gegen Beamte, die dieser Warnung entgegen ihre Pflicht verletzen sollten, ist unbeschadet der Bestimmung des § 14 Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens und die vorläufige Enthebung vom Dienste alsbald herbeizuführen.

Der Reichsverkehrsminister.
gez. Groener.

Dieser Erlaß des Ministers ist nach unserer Meinung nicht dazu angetan, die augenblicklich bestehende Erregung in der mittleren und unteren Beamtenschaft zu mildern. Das Gegenteil wird er erreichen. Juristisch ist der Minister sicher im Recht. Die Frage ist nur, ob ihm dieses Recht etwas nützt. Die Beamtenschaft wird sich jedenfalls durch keine Erlasse das Recht nehmen lassen, lebenswichtige Forderungen unter Umständen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen. Es gibt Grenzen der Beamtendienstpflicht, die dann überschritten werden, wenn die wirtschaftliche Lage der Beamten unerträglich geworden ist. Jeder Beamte aber, der seine Aufgaben als Staatsbürger erfaßt hat, wird es sich sehr reiflich überlegen, ob er diese Grenze überschreiten soll.

Die Sozialdemokratie wird ihre Sympathien für Beamte, die im Gefühl eines letzten Notwehrmittels zur Streikwaffe greifen, auf keinen Fall von irgendwelchen spitzfindigen Erläuterungen der Verfassung und des Beamtenrechts abhängig machen.

•

Der erwähnte § 14 Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes entzieht dem Beamten für die Zeit seiner unerlaubten Entfernung vom Dienste das Diensteinkommen.

Hartgesottene Lügner.

Nach einer Mitteilung der preußischen Regierung an den Landtag hat der Märzaufstand bei der Zivilbevölkerung 145 Tote, 51 Verwundete und 2 Vermißte, bei der Schutzpolizei 32 Tote, 67 Verwundete an Opfern gekostet. Die „Kreuz-Zeitung" nimmt diese Mitteilungen zum Anlaß, gegen die Genossen Hörsing, Severing und Braun die unerhörtesten Angriffe zu schleudern, bei denen sie allerdings auf freudige Zustimmung der von ihr eifrig zitierten kommunistischen Presse rechnen kann. Von Hörsing wird insbesondere behauptet, er habe „mitten im Aufruhr in vollster Kopflosigkeit den Verbrechern sogar gänzliche Straffreiheit zugesichert."

Diese von deutschnationaler Seite schon früher — allerdings in weit schwächerer Form — aufgestellte Behauptung ist im Preußischen Untersuchungsausschuß für die mitteldeutschen Unruhen durch die Vernehmung des Majors Folte, des Oberpräsidenten Hörsing und des Oberregierungsrats Freyseng auf das allereingehendste geprüft worden. Dabei hat sich einwandsfrei herausgestellt, **daß von dem ganzen Gerede auch nicht das mindeste wahr ist.** Die deutschnationalen Ausschußmitglieder sahen sich genötigt, auf Grund der Beweisaufnahme diesen Anklagepunkt vollkommen fallen zu lassen. Um so bezeichnender, daß die „Kreuz-Zeitung" die alte Lüge eisenstirnig wieder aufwärmt!

•

Zu der Beschwerde des Genossen Heilmann in seiner Etatsrede, daß die demokratisch gesinnten Beamten heute unter Zurücksetzung und Boykott zu leiden hätten, bemerkt die „Kreuz-Zeitung": „**Schaden würde das wirklich nichts.**" Man wird sich dies Geständnis zu merken haben, wenn die Herrschaften einmal wieder über „Terrorismus" winseln sollten.

Der Held des Schutz- und Trutzbundes.

Elberfeld, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Durch die hiesige Polizei wurde der angebliche Kolonialfeldwebel Kaul verhaftet, der in der Jugendgruppe des Elberfelder Deutschen Schutz- und Trutzbundes Vorträge hielt und in unbeschreiblicher Weise gegen die Republik hetzte. In einem Vortrag, den er in der Oberrealschule in Elberfeld unter der Protektion des deutschnationalen Anstaltsleiters hielt, forderte er zum Mord auf. Kaul trieb es so weit, daß es selbst anwesende Mitglieder der bürgerlichen Parteien empörte. Ein Protestierender mußte entfernt werden, um Tätlichkeiten zu vermeiden. Kaul hat auch in anderen Städten Gastrollen gegeben. Es ist sicher, daß es sich um einen ganz gewöhnlichen Schwindler handelt, der die Verranntheit der deutschnationalen Kreise ausnutzte. — Die Orden, die die Heldenbrust des verkannten Vaterlandsretters schmückten, im ganzen 16 Stück, wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Uebertragung der Ueberteuerungszuschüsse.

Der 23. Ausschuß des Reichstages setzte seine Aussprache über die Frage einer Uebertragung der Ueberteuerungszuschüsse an Beamte fort. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Reichsregierung in den nächsten Tagen mit den Regierungen der Länder Fühlung nehmen und voraussichtlich Mitte der kommenden Woche in der Lag sein werde, ihre Stellungnahme dem Ausschuß bekanntzugeben.

„Il Monde", eine neue Tageszeitung in Rom, hat unter der Leitung des Abg. Torre, des Präsidenten des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, ihr Erscheinen begonnen. Torre kündigt in einem Leitartikel an, seine Zeitung verfolge keine bestimmte Parteirichtung, sie wird in demokratischem Sinne geleitet werden und alle Fragen für den Wiederaufbau Europas behandeln.

Das Kriegsgericht in Nancy hat den ehemaligen Unterstaatssekretär Bilgrain freigesprochen, der angeklagt war, sich selbst verstümmelt zu haben, um sich dem Militärdienst zu entziehen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Not der Schauspieler.

Im Winter 1918 wurde ich vom „Kommunalen Jahrbuch" eingeladen, die Ergebnisse einer auf Anregung der Herausgeber von der „Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger" eingeleiteten Enquete über die wirtschaftliche Lage der Stadttheater und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnenangehörigen für die Oeffentlichkeit zu bearbeiten. Diese erfolgte im „Kriegsband des Kommunalen Jahrbuchs". Gegen Ende des Jahres 1921 hat die „Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen" abermals eine Rundfrage an ihre Bezirksausschüsse gesandt, die sich diesmal auf Feststellung der zurzeit üblichen Mindestgagen beschränkte. Mir liegen die Ergebnisse dieser Enquete, von Wolfgang Müller, dem Statistiker der Genossenschaft, wohlgeordnet, vor. Sie ermöglichen, festzustellen, ob die Lage der Proletarier unter den Bühnenangehörigen sich seit 1917/18 verbessert habe. Eine Frage, die immer — gegenwärtig aber besonders — aktuell ist, weil jetzt gerade wieder Tarifverhandlungen schweben, die dieser Tage bereits den paritätischen Schlichtungsausschuß der beiderseitigen Organisationen beschäftigt haben.

1918 wurden die Fragebogen der Genossenschaft aus 38, 1921 aus 55 Städten von 60 Theatern beantwortet. Die Ermittlungen von 1918 ergeben als Mindestmonatsgagen in Görlitz 150 M., Würzburg 140 M., Halle und Tilsit 125 M., Danzig 120 M., Nordhausen 110 M., Eisenach und Osnabrück 100 M., Bautzen und Kiel 90 M., Posen 83 M., Liegnitz 75 M., Kattowitz 20 M.

1921 wurden als niedrigste Monatsgagen ermittelt: 550 M. beim Stadttheater in Ulm und beim Zentralhallentheater in Suhl i. Th., 600 M. beim Stadttheater in Bautzen, 700 M. bei den Stadttheatern in Bonn, Düren, Frankfurt a. d. O., Hanau a. M., Zittau und Zwickau und bei den Kammerspielen in Ahendt.

Es wurden Monatsgagen ermittelt bis zu 600 M. in 3 Fällen, bis zu 700 M. in 7, bis 800 M. in 11 Fällen, bis 900 M. siebenmal, bis zu 1000 M. achtmal, bis 1250 M. elfmal, bis 1500 M. neunmal, bis 1700 M. viermal und je 1708 und 1950 M. in einem Falle.

Die 1918 ermittelten Mindestmonatsgagen bewegten sich zwischen 30 M. (Kattowitz) und 150 M. (Görlitz); die 1921 ermittelten zwischen 550 und 1700 M. Das bedeutet eine nominelle Erhöhung um das Elf- bzw. Achtzehnfache, durchschnittlich also etwa um das Vierzehnfache. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beträge von 1917/18 denen gleichen, die schon vor dem Kriege gezahlt worden sind. Es handelt sich hierbei um Goldwertbeträge, während die 1921 ermittelten in Papiermark gezahlt wurden. Nach Berechnungen Kuczynskis war die Papiermark im November 1921 etwa 6 Pf. wert (vgl. „Finanzpolitische Korrespondenz" II, 48) und die Kosten des Existenzminimums etwa elfmal so teuer wie vor dem Kriege (vgl. Jahrbuch der Finanzpolitischen Korrespondenz 1921, I, 35 f.). Somit steht der nominellen Erhöhung der Mindestgagen um das Vierzehnfache eine Steigerung der Kosten der Lebenserhaltung um das Elffache bei gleichzeitiger Entwertung des Geldes um das Siebzehnfache gegenüber. Das nach den Feststellungen von 1918 unmöglich Scheinende ist Ereignis geworden: Die Lage der Proletarier unter den Bühnenangehörigen hat sich seitdem abermals verschlechtert, und der Satz im Schlußwort zu der Darstellung im „Kriegsband des Kommunalen Jahrbuchs" bedeutet heute eine noch düstere Wirklichkeit: „In dieser Niederung darbt ein an Zahl großes Bühnenproletariat, und viel Befähigung und ideales Streben geht in seiner Not zugrunde."

Viktor Roack.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Die im August v. J. in Kassel abgehaltene gewerkschaftliche Jugendkonferenz beschloß u. a., daß die von den Referenten zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten aufgestellten Leitsätze zu einem zusammenhängenden Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit umgestaltet werden sollen. Eine mit dieser Aufgabe betraute Kommission war in Berlin mit den Referenten zusammengetreten und hat einen Entwurf fertiggestellt. Zwei Tage vor dem kommenden Gewerkschaftskongreß soll eine zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz stattfinden, die endgültig über das Programm entscheiden soll.

In den das Programm einleitenden Absätzen wird kurz dargelegt, wie die Entwicklung des Wirtschaftslebens der Jugend eine ständig steigende Bedeutung für Wirtschaft und Gewerkschaft verleiht. Die Gewerkschaften müssen im Interesse der Jugendlichen wie auch der Erwachsenen sich dem Schutz der Jugend in jeder Hinsicht widmen und sie selbstverständlich auch zur gewerkschaftlichen Solidarität erziehen. Dann werden die Forderungen an die Gesetzgebung formuliert, die den allgemeinen Jugendschutz, das Lehrlingswesen und die öffentliche Jugendwohlfahrt betreffen. Sie decken sich im wesentlichen mit den Mindestforderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugend-Organisationen. Bei der Besprechung der Bildungs- und Erziehungsaufgaben ergeben sich aus den grundsätzlichen Feststellungen die Forderungen, die an jede einzelne Gewerkschaft zu stellen sind. Sorge für gute Berufsausbildung, Mitwirkung am Ausbau der Berufsschulen, Schaffung von Möglichkeiten zum Aufstieg Befähigter zu technischen und kaufmännischen Hochschulen.

Das obliegt den Gewerkschaften. Darüber hinaus haben sie die Jugend im Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung heranzubilden. Jugendveranstaltungen sind zu treffen, in deren Bereich alle Tätigkeitsgebiete gehören sollen, deren Ziel die wirtschaftliche, körperliche und kulturelle Förderung der erwerbstätigen Jugend ist. Bei all diesen Dingen soll ein Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Jugend- und Sportorganisationen angestrebt werden.

Ein kurzes Schlußwort erwartet von der Jugend, daß sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen erkennt und an deren Ausbau mitarbeitet. Der Geist der Kameradschaftlichkeit soll das Verhältnis von Jugendlichen zu Erwachsenen in den Organisationen und in den Arbeitsstätten bestimmen. Nur die Geschlossenheit aller Arbeitenden kann das Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die endliche Befreiung der Arbeit, zur Verwirklichung bringen.

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat Februar zum Preise von 20 M. einschl. Zustellungsgebühr bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Konferenz des Schiffahrts- und Wasserbaupersonals.

Am 15. und 16. Januar tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine Reichskonferenz von Vertretern des Binnenschiffahrts-Flößerei- und Wasserbaupersonals. Nach dem Bericht des Reichsabteilungsleiters H. Rudolph drückten besonders die Beamtenvertreter ihre Freude darüber aus, daß es ihnen gelungen sei, den Wall, den berechnende Bosheit zwischen den drei Gruppen der Werkschaffer errichtete, zu durchbrechen. Niemals seien ihre sozialen und beruflichen Interessen besser vertreten worden als heute vom Deutschen Transportarbeiterverband als Glied des Deutschen Verkehrsbundes. Dem Referat des Kollegen Junker über die Verreichlichung der Wasserstraßen, wobei er den partikularistischen Geist gewisser Vaterländchen scharf kritisierte, folgte eine lebhafte Aussprache, in der besonders die Vertreter des Wasserbaupersonals die möglichste Konzentration der Wasserbauverwaltung sowohl in ihrer Spitze wie in den mittleren und unteren Instanzen forderten. Eine entsprechende Resolution fand einmütige Zustimmung.

Der Reichsabteilungsleiter begründete dann die Stellungnahme des Verbandes zum Entwurf eines Gesetzes über den Achtstundentag gewerblicher Arbeiter. Er wies auf den Washingtoner Beschluß hin, wo die Binnenschiffer (und auch die Seeleute) als gewerbliche Arbeiter bezeichnet werden, für die der Achtstundentag zu gelten hat. Die deutsche Regierung habe versprochen, diesen Beschluß zu ratifizieren, und dürfe deshalb die Binnenschiffer, Flößer und auch einen Teil des Wasserbaupersonals nicht unter ein Ausnahmegesetz stellen. Auch die Diskussionsredner forderten den Achtstundentag für sich. Ueber die Betriebsräte in der Binnenschiffahrt referierte Birk (Duisburg). Eine Kommission soll die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf leisten. Daß die Reichsabteilungsleitung im Sinne der Kollegen gewirkt hat, bewies ihre einstimmige Wiederwahl. Zwischendurch nahm der Verbandsvorsitzende, Kollege Schumann, Gelegenheit, einige treffliche Ausführungen über den Verkehrsbund zu machen. Mit einigen Dankesworten schloß Döring die Konferenz der Binnenschiffer, Flößer und des Wasserbaupersonals, deren Reichsabteilung heute 25 000 Mitglieder zählt gegen 21 000 im Vorjahr. Der Zuwachs ist vor allem dem Wasserbaupersonal zu danken.

Wilder Eisenbahnerstreik und Regierungsorgane.

Der im Hirsch-Dunckerschen Fahrwasser segelnde Allgemeine Eisenbahner-Verband übermittelt uns einen Waschzettel, in dem unter der Ueberschrift: „Förderung wilder Eisenbahnerstreiks durch Regierungsorgane" darüber Beschwerde geführt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband durch die Eisenbahnverwaltung begünstigt wird. Zu dieser Auffassung kommt der Verband durch einen Vorgang, der sich am 23. Januar in der Eisenbahndirektion Breslau abgespielt hat. Der Eisenbahndirektionspräsident hatte die Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung über die Streikfolgen und zur Feststellung des Begriffes des gewalttätigen Eingriffes in den Betrieb eingeladen. In dem Waschzettel wird nun über den Verlauf der Sitzung gesagt, die Vertreter der anderen Eisenbahnerverbände hätten erklärt, mit Vertretern des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht zu verhandeln, weil dieser polizeilichen Schutz für die arbeitswilligen Mitglieder seiner Organisation nachgesucht hatte. Daraufhin habe der Direktionspräsident die Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nach Hause geschickt, indem er ihnen ein Protokoll über die Sitzung und eine spätere persönliche Aussprache in Aussicht stellte. Wörtlich heißt es dann:

„Der Mann also, der während der wilden Streikbewegung seine Pflicht gegenüber der Eisenbahn und gegenüber dem Vaterlande erfüllte, mußte auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung dafür die Sitzung verlassen, und diejenigen, die in unverantwortlicher Weise den wilden Streik propagierten, durften triumphierend zurückbleiben."

Zum Schluß wird die Frage aufgeworfen, ob die Regierung ein derartiges Verhalten ihrer Organe, das geradezu fördernd auf wilde Streiks wirke, billigt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes stellt hierzu fest, daß der geschilderte Vorgang in der Eisenbahndirektion sich wie folgt zugetragen hat:

„Der Eisenbahndirektionspräsident Vogt hatte am 17. Januar an der vom Minister Gröner einberufenen Präsidentenbesprechung in Berlin teilgenommen, die sich mit dem letzten Eisenbahnerstreik beschäftigte, und nach seiner Rückkehr die Organisationsvertreter zu sich geladen, um über den Begriff gewalttätiger Eingriffe in den Betrieb zu verhandeln. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes verlangte nun, daß nur am Streik beteiligte Organisationen zugelassen werden, weil doch nicht gut Arbeitswillige über die Streikenden zu Gericht sitzen könnten. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hatte sich am Streik nicht beteiligt, hatte deshalb auch kein Recht, zu verlangen, in dieser Angelegenheit gehört zu werden.

Die Lohnverhandlungen im Bäckerberuf gescheitert.

In der gestern abend stattgefundenen Verhandlung zwischen Bäckerinnung und Zentralverband der Bäcker und Konditoren über die neuen Löhne ist infolge der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber eine Vereinbarung nicht zustande gekommen. Das Angebot von 75,50 und 100 M. in den einzelnen Posten glaubten die Arbeitnehmervertreter vor ihren Auftraggebern nicht verantworten zu können, weil bei der Schwerfälligkeit der Lohnverhandlungen mit einer baldigen weiteren Erhöhung nicht gerechnet werden kann. Es mußten aus dem Grunde die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen werden.

Vom heutigen Tage ab finden weitere Verhandlungen im Ernährungsamt statt. Wie weit durch sie die auf den toten Punkt gekommenen Lohnverhandlungen gefördert werden, ist abzuwarten.

Tarifkündigung im Versicherungsgewerbe.

Die im Dezember v. J. mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen und dem Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter vereinbarten Gehaltssätze sind vom Zentralverband der Angestellten im Hinblick auf die stetig zunehmende Teuerung mit der vertragsmäßigen Frist von drei Monaten zum 30. April 1922 gekündigt worden. Gleichzeitig wurden Verhandlungen zwecks Gewährung einer Teuerungsausgleichzulage für die Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen Gehaltssätze verlangt.

Erregte Stimmung unter den Ruhrbergarbeitern.

Köln, 26. Januar. (Mtb.) Nach Pressemeldungen aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet ist unter den Bergarbeitern neuerdings eine starke Erregung zu bemerken, die in der zurzeit herrschenden Teuerung und in der Haltung der Unternehmer zu Tarifangelegenheiten und zu anderen die Arbeiterschaft bewegenden Fragen ihre Ursache hat. Am nächsten Sonntag werden die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten großen Arbeitnehmer-Spitzenverbände des Ruhrgebietes Revierkonferenzen abhalten, in denen zu den schwebenden Fragen Stellung genommen werden soll. Insbesondere wird über Betriebsräte-, Tarifangelegenheiten und Lohnfragen Beschluß gefaßt werden. Man befürchtet, falls es nicht zu einem Ausgleich der Differenzen kommt, daß das rheinisch-westfälische Wirtschaftsleben vor neuen schweren Erschütterungen steht.

Eine Absage an Moskau.

Der Kongreß der tschechischen Gewerkschaften lehnte den kommunistischen Antrag, die Gewerkschaftszentrale möge aus der Amsterdamer Internationale austreten und sich der Moskauer Internationale anschließen, mit 339 gegen 227 Stimmen ab.

Lohnkämpfe in Deutschböhmen.

Die Bergarbeiter des Karlsbad-Falkenauer Reviers stehen seit Montag zur Abwehr von Lohnkürzungen im Streik. Im Ausstand befinden sich 13 000 Bergarbeiter. Sie werden auf keinerlei Provokationen reagieren und legten sich ein Alkoholverbot auf. — Infolge dieses Streiks beschlossen die Unternehmer der Porzellanindustrie die Kündigung der gesamten Arbeiterschaft.

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes wird vom Hauptvorstand zum 7. März und folgende Tage nach Leipzig einberufen.

Siemens & Halske A.-G., Wernerwerk, Siemensstadt. Betriebsversammlung der Arbeiter und Angestellten Sonntag vormittag 9 Uhr im Krieger-Vereinshaus, Chausseestr. 94.

Köpenick. Den am 19. Januar gefällten Schiedsspruch haben die Unternehmer abgelehnt. Für Funktionäre und Vertrauensleute des Verbandes Sonntag vormittag 10 Uhr bei Bleßin, Grünauer Str. 8, Besprechung der zu ergreifenden Maßnahmen. Jede Firma muß vertreten sein.

Zentralverband der Angestellten. Filialleiterinnen der Spritindustrie: Montag 8 Uhr öffentliche Versammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Künne, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstraße 20–21.

Lebensmittel

Frisches Fleisch
Suppenfleisch ..... Pfund 11,50
Schmorfleisch mit Knochen ..... Pfund 13,50
Hammelfleisch .... Pfund 11,50
Hammelkeule ..... Pfund 13,50
Kalb-Vorderfleisch Pfund 14,00
Kalbskeule ..... Pfund 15,00
Schweinefleisch Pfund 21,00
Gehacktes (Rindfleisch) . Pfund 15,00
Eisbeine (gepökelt) ..... Pfund 11,50

Weizenmehl ... Pfund 5,80
Rangoon-Bohnen Pfd. 3,95
Gebrannte Gerste Pfd. 6,80
Pflaumenmus . Pfund 7,50

Monopol-Branntwein
Kümmel ..... Flasche 31,00
Klarer ..... Flasche 31,00
Aquavit ..... Flasche 34,00

Salzheringe (groß) ... Stück 65 Pf.
Margarine .... Pfund 21,00
Camembert (Käse) ... Stück 6,25
Harzer Käse .. Pfund 12,50

Wurstwaren
Leberwurst ..... Pfund 18,00
Rotwurst ..... Pfund 18,00
Landleberwurst . Pfund 26,00
Jagdwurst ..... Pfund 25,00
Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund 26,00
Würstchen (amerik.) .. Dose 8,50
Leberwurst ca. 2-Pfund-Dose 14,50
Rindertalg (ausgelassen) . Pfund 23,00
Speisefett ..... Pfund 25,00

Oberschalseife Riegel ca. 500 Gramm 14,75
Lanolin-Seife Stück ca. 95 Gramm 4,95

Seifenpulver Salmiak-Terpentin mit Scheuertzel, Paket ca. 1 Pfd. 4,75
Rasier-Klingen ..... Stück 95 Pf.

Jandorf
Belle-Alliance-Str. | Gr. Frankfurter Str. | Brunnenstr. | Kottbuser Damm | Wilmersdorfer Str.

Die Verteuerung der Krankenhauspflege.

Gemischte Deputation zur Beratung des Manteltarifs der Gemeindearbeiter.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung brachte die Einführung der aus den Stadtratswahlen hervorgegangenen zwölf unbesoldeten Stadträte, unter denen acht wiedergewählte und vier neugewählte sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat infolge ihrer bei den Stadtverordnetenwahlen erzielten Verstärkung auch einen unbesoldeten Stadtrat mehr erhalten, neben den wiedergewählten Genossen Ahrens und Kohl als dritten den neugewählten Genossen Rechtsanwalt Treitel, dem ein Unabhängiger hat Platz machen müssen. Bei der Eidesleistung versprach der kommunistische Stadtrat Letz: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung." — Viel Zeit wurde wieder mit Geschäftsordnungsdebatten vertrödelt. Der Beschluß, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Grundstück in Treptow zu verkaufen, konnte durchgedrückt werden. Um die Erhöhung des Kurkostensatzes der Krankenhäuser wurde noch einmal in langer Debatte gestritten, aber sie war infolge der finanziellen Notlage der Stadt und ihrer Krankenhäuser nicht zu umgehen. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genossin Dr. Wygodzinski und Genosse Krüger, traten den Behauptungen der Unabhängigen und der Kommunisten entgegen, daß nach der Kostensatzerhöhung eine Minderung der Krankenhausüberweisung von Kassenmitgliedern kommen werde. Es wird Sache der Mitglieder sein, die Kassenvorstände auf ihre Pflicht hinzuweisen, falls die Krankenhausüberweisung verweigert werden sollte. Sehr wichtig war die dringliche Vorlage, zur Prüfung des Manteltarifes der Gemeindearbeiter eine gemischte Deputation einzusetzen. Dieser für die weiteren Tarifverhandlungen bedeutungsvolle Antrag des Magistrats wurde fast einstimmig zum Beschluß erhoben.

Sitzungsbericht.

Eröffnung nach 5¼ Uhr durch Dr. Caspari.

Zunächst erfolgt die Einführung der wieder- bzw. neugewählten unbesoldeten Stadträte Wege, Benecke, Krause, Peter, Kohl, Ahrens, Schlichting, Rechtsanwalt Dr. Treitel, Kaufmann Letz und Frau Dr. Weyl. Oberbürgermeister Böß nimmt Anlaß, in seiner Einführungsansprache nachdrücklich zu betonen, daß der Sitz der Selbstverwaltung des Organismus Groß-Berlin nicht in dessen Gliedern, sondern im Zentrum, bei der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat, sich befindet. Er gedenkt mit Anerkennung auch der verdienstlichen Tätigkeit der ausgeschiedenen Stadträte Scholz, Gallas, Ranke und Frau Deutsch. Die Obengenannten werden sodann, soweit noch erforderlich, auf die Reichsverfassung und auf die preußische Verfassung vereidigt und auf ihr Amt verpflichtet. Hierauf heißt auch der Vorsteher die unbesoldeten Stadträte willkommen. Eine langwierige

Geschäftsordnungsdebatte

knüpft sich nunmehr an eine Beschwerde von Dörr (Komm.) über geschäftsordnungswidriges Verfahren des Vorstehers und seines Stellvertreters Fabian gegen die Kommunisten im Falle eines Widerspruchs gegen die Vornahme der zweiten Lesung einer Vorlage. Nach langem Hin und Her wird die durch den Protest von Dörr angeregte prinzipielle Frage, wann spätestens dieser Widerspruch erhoben werden muß, mit 101 gegen 91 Stimmen dem Geschäftsordnungsausschuß zur Prüfung überwiesen.

Eine dringliche Magistratsvorlage schlägt zur Beratung des

Manteltarifs für die Gemeindearbeiter

eine gemischte Deputation vor. — Auf Anfrage von Schumacher (Komm.) nach dem Stande der Verhandlungen erklärt Stadtrat Koblenzer, daß diese noch nicht zum Abschluß haben gebracht werden können, da eine Verständigung bisher nicht erzielt sei. Man hoffe aber einen Weg dazu noch zu finden. — Nach einer kurzen Abwehrbemerkung von Stadtrat Koblenzer wird die Einsetzung einer Deputation aus 8 Magistratsmitgliedern und 17 Stadtverordneten beschlossen.

Der Verkauf einiger Parzellen vom städtischen Siedelungsgelände Eichkamp wird in zweiter Lesung entgegen den Wünschen der Kommunisten genehmigt. — Der Verkauf des städtischen Grundstücks in Treptow an den ADGB. für Bureauhauszwecke steht ebenfalls zur zweiten Lesung. Bender (Dnat.) beantragt Ausschußberatung und wird darin von Streiter (D. Vp.) unterstützt, während Haß (Soz.) und Reimann (U. Soz.) die sofortige Annahme warm befürworten. Der Antrag auf Ausschußberatung wird in namentlicher Abstimmung mit 88 gegen 76 Stimmen abgelehnt, die Vorlage in einfacher Abstimmung angenommen. — Krüger (Soz.) rügt, daß beim Namensaufruf die Namen der bürgerlichen Mitglieder mehrmals aufgerufen wurden. Der Vorsteher verspricht für die Zukunft Abhilfe.

Zum Verkauf des Fabrikgrundstücks Flottenstraße 48 in Berlin-Reinickendorf (Wirtschaftsamt) teilt Stadtrat Hintze mit, daß die Verschiebung der zweiten Lesung für die Stadt insoweit gute Frucht getragen hat, indem jetzt 400 000 M. mehr geboten sind, so daß der Verkaufspreis auf 7½ Millionen steigt. — Gäbel (Komm.) plädiert für Ablehnung der Vorlage und erneuert seinen Protest gegen die Verschleuderung städtischen Grundbesitzes an das Privatkapital. Ihm schließt sich Richard Kunze (Dtsch.-Soz.) mit scharfen Seitenhieben auf die Linke und ihre Sozialisierungsbestrebungen sowie unter Hinweis auf das an ausländische Kapitalisten verschobene Bornsdorf an.

Nachdem noch Schmidt (U. Soz.) und Koch (Dnat. Vp.) sich für den Verkauf ausgesprochen, wird dieser in von den Kommunisten beantragter namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 21 Stimmen genehmigt.

Ueber die Erhöhung der Kurkostensätze

in den städtischen Krankenhäusern soll heute ebenfalls in zweiter Lesung beschlossen werden. Dr. Weyl (U. Soz.) hält den Widerspruch gegen die Erhöhung aufrecht und behauptet, daß die Annahme des Magistrats, die städtischen Selbstkosten pro Kopf und Tag seien auf 80 M. gestiegen, mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Jedenfalls sei ein Satz von 40 M. täglich für einen Kranken in 3. Klasse unerhört hoch und kaum noch erschwinglich. Redner beantragt Ausschußberatung.

Dr. Kirchner (Dnat. Vp.) glaubt nicht, daß ein Kranker für 40 M. in seiner Behausung verpflegt und behandelt werden kann. Wolle man die Krankenhäuser nicht zugrunde gehen lassen, so müsse man der Erhöhung zustimmen. — Rintorf (Komm.): Es handelt sich hier um die vitalsten Interessen der Aermsten der Armen, für die die Stadt aufkommen muß. Wir beharren auch bei unserem Antrage der Vereinfachung der Sozialversicherung, stimmen aber heute zunächst für den Antrag Weyl. — Frau Dr. Wygodzinski (Soz.) tritt Weyl und Rintorf entgegen.

Die Behandlung zu Hause kostet mehr als im Krankenhause.

Für die Kranken mit geringerem Einkommen (für beide Ehegatten zusammen bis zu 25 000 M.) sei ja der Satz auf die Hälfte ermäßigt. Der Vorwurf unsozialen Verhaltens der Sozialdemokraten falle damit in sich zusammen. — Krüger (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen Weyl und Rintorf und stellt nochmals fest, daß man hier bei dieser Gelegenheit, trotz grundsätzlicher Uebereinstimmung, die Frage der Vereinheitlichung unmöglich lösen kann.

Auch Kunze (Dtsch.-Soz.) beteiligt sich an dieser „lehrreichen" Debatte; er will nur die Gebührensätze der 3. Klasse dem Ausschuß überweisen.

Ueber einen Antrag Weyl, die Vorlage dem Magistrat zur Vervollständigung der ziffernmäßigen Unterlagen zurückzugeben und bis dahin die Beschlußfassung auszusetzen, wird auf Antrag Dörr namentlich abgestimmt. Der Antrag fällt mit 128 gegen 53 Stimmen. — Auch der Antrag Kunze wird abgelehnt; die Magistratsvorlage gelangt zur Annahme.

Die Errichtung eines Schlackensteinwerks

auf dem Grundstück und im Gebäude der stillgelegten Trockengemüseanstalt in der verlängerten Winsstraße hat der ständige Etatsausschuß genehmigt und die 1½ Millionen Mark Anlagekosten bewilligt. Die „Städtischen Schlackensteinwerke Berlin" sollen in eine G. m. b. H. umgewandelt werden.

Die Kommunisten beantragen, in den Aufsichtsrat der G. m. b. H. auch den Betriebsrat aufzunehmen. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei lehnt dieses Verlangen ab, da damit diese städtische G. m. b. H. wieder politisiert würde. — Nach weiterer Debatte gelangen die Ausschußanträge mit einem Antrag Heitmann (Soz.), wonach die zur G. m. b. H. übertretenden Arbeiter den Anspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung unverändert behalten, zur Annahme.

Der Antrag Weyl, der den Magistrat ersucht, der Versammlung schleunigst eine Vorlage für eine räumliche Neuordnung der Taubstummenschule und eine den gegenwärtigen Anforderungen an Ausbildung, Fortbildung und soziale Fürsorge der Taubstummen entsprechende Regelung des Taubstummenwesens zu unterbreiten, ist Gegenstand einer Ausschußberatung gewesen. Der Ausschuß, für den Kreuziger (Soz.) referiert, hat den Antrag einstimmig angenommen, sich aber auch nach Besichtigung der heutigen Anstalt, die gegenüber den Provinzialanstalten durchaus dürftig und unzureichend erscheine, zu einem Zusatzantrag vereinigt, der die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Klassen- und Oekonomieräumen fordert. — Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Die Vorlagen wegen Fertigstellung der Nordsüdbahn, betr. Aenderung der Kraftdroschkenordnung, betr. Abänderung des Berliner Statuts der Erwerbslosenfürsorge und die Gebührenordnung für die Erteilung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen werden der Ausschußberatung überwiesen.

Eine Reihe weiterer Vorlagen wird ohne Erörterung genehmigt.

Gegen ½10 Uhr schließt die öffentliche Sitzung.

Selbstlose Autobesitzer.

Als die neue Berliner Kraftdroschkensteuer, die den Fahrgast mit 10 Proz. des Fahrpreises belegt, in Berlin eingeführt wurde, antworteten die Droschkenbesitzer bekanntlich unter lebhaftem Protest ihrer Angestellten und Chauffeure mit einem Streik. Sie haben sich bald eines Besseren besonnen und machen nun die Rechtsparteien in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mobil. Zur Unterstützung des dahingehenden deutschnational-volksparteilichen Antrages ließ der Verein der Kraftdroschkenbesitzer ein gedrucktes Rundschreiben an alle Stadtverordneten ergehen, von dem man nur sagen kann: Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr! Sie rechnen in musterhafter Ausführlichkeit zusammen, was eine Autodroschke alles dem Staat und der Stadt an Steuern einbringt, wobei die Einkommensteuer der Arbeiter, die die Droschke vor Jahren fertiggestellt haben, ebensowenig vergessen wird, wie der Zoll, der auf Oel und Benzin liegt. So ergibt sich die irrsinnige Summe von 198 840 Mk.

Wie selbstlos die notleidenden Kraftdroschkenbesitzer aber im Interesse der Allgemeinheit arbeiten, erkennt man erst bei genauerer Betrachtung dieser Steuersummen. Nach der in Ansatz gebrachten Umsatzsteuersumme beträgt das Jahreseinkommen eines Droschkenbesitzers brutto 185 000 M., nach der angesetzten Einkommensteuersumme netto rund 40 000 M. Nach den übrigen Steuersätzen hat er aber im Laufe des Jahres folgende Ausgaben zu leisten: Gummiverbrauch 72 000 M., Benzin und Oel 100 000 M., Reparaturen 15 000 M., Instandhaltung 5000 M., Amortisation 50 000 M., das sind zusammen 242 000 M. Ausgaben. Dazu kommen dann außer den Chauffeurlöhnen noch all die Steuern, die aber im Vergleich zu dieser Summe so klein sind, daß wir sie getrost außer Ansatz lassen können.

Also es ist Tatsache — die Droschkenbesitzer beweisen es uns schwarz auf weiß: Jeder Droschkenbesitzer gibt Jahr für Jahr weit über 100 000 M. aus seiner Tasche zu, um seinen bedürftigen Mitmenschen das Vergnügen einer Autofahrt zu verschaffen. Kann man die Selbstlosigkeit weitertreiben? Und ist es nicht in der Tat eine Barbarei, wie sie nur ein Rotes Haus fertig bringen kann, solchen Idealisten noch eine Steuer zuzumuten, die ihre Fahrgäste tragen sollen?

Aber wir sollten meinen, die Droschenbesitzer hätten doch ein ganz direktes Interesse an dieser Steuer. Es könnte doch noch einige ganz verstockte Sünder im Roten Hause geben, die sich von dieser mit solchem Fleiß zusammengestellten Tabelle auch noch nicht überzeugen ließen. Da würde denn die Einnahmekontrolle durch die neue Steuer ein ganz unwiderlegliches Beweismaterial erbringen. Auch der Böswilligste würde dann ebenso wie die Steuerverwaltung erkennen, daß die Einnahmen eines Kraftdroschkenbesitzers in der Tat 100 000 Mk. weniger als seine Ausgaben betragen, daß kein Kraftdroschkenbesitzer bisher sein Einkommen zu niedrig angegeben oder etwa gar Steuern hinterzogen hat. Die Stadt würde dann sicherlich Mittel und Wege finden, um diese ihre selbstlosen Mitbürger ganz

---

28]

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Lauridsen Bruun.

„Er kann ja im Wirtshaus einkehren!"

„Das kann man ihm nicht anbieten — jetzt, da er der reichste Mann des Amtsbereiches ist!"

Frau Helwig antwortete nichts. Sie merkte, wie ihre Augenlider zitterten, und sie strich sich wie aus Müdigkeit über die Stirn.

Hjarmer aber ließ nicht nach.

„Wir müssen ihm freundlich entgegenkommen, du," sagte er eindringlich. „Man kann nie wissen, wozu es gut ist, besonders jetzt, wo wir uns um die Stellung bemühen; vielleicht hat er Verbindungen — nicht?"

Werner Hilsöe Verbindungen!

Trotz ihrer Nervosität konnte sie kaum ein Lächeln unterdrücken.

„Dann bitte du ihn darum!" sagte sie schließlich. „Ich tue es nicht!"

„Liebste — ist das Gastfreiheit?" wandte Hjarmer vorwurfsvoll ein. Dann ging er auf Hilsöe zu und sagte sehr zuvorkommend:

„Ich bin überzeugt, Herr Hilsöe, daß es Ihnen peinlich sein wird, unter den augenblicklichen Verhältnissen im Ziegelhof zu übernachten. Wenn ich Sie bitten darf — bei uns vorliebzunehmen!"

Werner verbeugte sich.

„Besten Dank, Herr Amtsvorsteher!" sagte er formell, indem sein Blick hastig zu Frau Hjarmer schweifte.

„Ich glaube kaum, daß ich Ihr Angebot annehmen darf!" fügte er zögernd hinzu.

Hjarmer, dem sein Blick auf die Frau des Hauses nicht entgangen war, beeilte sich, den Eindruck von dem seltsam unwilligen Benehmen seiner Frau abzuschwächen:

„Es wird mir und meiner Frau ein großes Vergnügen sein, Sie als Gast bei uns aufzunehmen!"

Jetzt wandte Werner sich offen an Frau Helwig und fragte laut:

„Was sagt die Frau des Hauses dazu?"

Frau Helwig tat, als hörte sie es nicht, während Hjarmer ihr hastig zuvorkam:

„Meine Frau ist ganz meiner Meinung — wir haben bereits darüber gesprochen."

Er wandte sich zu Fräulein Selma, die an der Eßzimmertür stand und mit dem Doktor über Ellen sprach:

„Ach, Fräulein Sindal! — Das Fremdenzimmer ist wohl in Ordnung, nicht wahr?"

„Das Fremdenzimmer?"

Fräulein Selma sah hastig von dem einen zum andern. Sie ahnte Frau Helwigs Nervosität und sagte schnell:

„Ich glaube kaum, daß —"

Jetzt wurde Hjarmer ärgerlich. Was sollte nur diese Widerspenstigkeit bedeuten — erst bei seiner Frau und nun bei Fräulein Selma.

„Ja, natürlich," sagte er scharf, „weshalb nicht?"

Fräulein Selma fand in der Eile einen Vorwand.

„Wir haben die ganze Wäsche dort liegen. — Morgen soll geplättet werden!"

Hilsöe verstand. Der Schatten eines schmerzlichen Lächelns glitt über seine dunklen, festen Augen.

„Ich danke Ihnen für Ihre Freundlichkeit, Herr Amtsvorsteher!" sagte er. „Ich fürchte aber, daß mein Besuch ungelegen kommt."

Hjarmer war böse. Er sandte Fräulein Selma einen strengen Blick zu.

„Aber gewiß nicht!" sagte er mit Entschiedenheit. „Wollen Sie dafür sorgen, Fräulein Sindal, daß das Zimmer instand gesetzt wird."

Um keine weiteren Einwendungen zu hören, trat er jetzt an Doktor Sylt heran und sagte:

„Ich erwarte Sie also drüben, Doktor, sobald Sie hier fertig sind."

„Ja, Hjarmer. Ich komme, sobald ich kann!"

„Gut. Wir legen inzwischen die Siegel auf!"

Während der Doktor, von Fräulein Selma gefolgt, durchs Eßzimmer ging, trat Hjarmer an seine Frau heran.

„Adieu, Liebste!" sagte er und beugte sich herab, um sie auf die Wange zu küssen, die sie ihm hastig zukehrte.

„Sei ein bißchen freundlich gegen ihn!" flüsterte er und fügte eindringlich hinzu: „Bedenke, daß er der reichste Mann des Bezirks ist!"

Dann wandte er sich zu Hilsöe:

„Auf Wiedersehen! — Und tun Sie ganz, als ob Sie zu Hause seien!"

Dann ging er durchs Kontor hinaus und schloß die Tür hinter sich.

Frau Hjarmer stand noch immer über den Tisch gebeugt und suchte im Nähkorb; sie wagte nicht, sich zu Hilsöe umzudrehen, weil sie wußte, daß ihre zitternden Lider und das nervöse Beben der Oberlippe ihre innere Erregung verraten würden.

Während er so mitten im Zimmer stand und sie unverwandt anstarrte — sie fühlte seinen festen Blick im Nacken —, dachte sie einen Augenblick daran, ob sie nicht lieber zu den anderen hinaufgehen sollte. Aber was würde der Doktor denken, wenn sie den Gast allein ließ? — Und Fräulein Selma, die bereits so viel wußte! . . . Sie würde glauben, daß etwas zwischen ihnen vorgefallen sei.

Sollte sie Kopfschmerzen vorgeben und zu Bett gehen? . .

Nein — nein — er sollte nicht glauben, daß sie vor ihm davonlief.

Und außerdem — während vier langer Jahre hatte sie nicht mit ihm gesprochen, nicht mit ihm musiziert — nur hin und wieder von ihm geträumt und sich gesehnt.

Sie hatte ja keine Schuld; — das Märchen hatte sie zusammengeführt; — weshalb sollten sie sich nicht an ihrer gegenseitigen Gesellschaft erfreuen und die kurze Stunde in alten, gemeinsamen Erinnerungen genießen? — Und dann morgen — adieu für immer!

Außerdem hatte Knud recht; der reichste Mann des Bezirks hatte Anspruch auf Gastfreundschaft im Hause des Amtsvorstehers!

Jetzt schlug ihr Herz ruhiger, und es schien ihr, daß sie ihr Gesicht beherrschte. Wenn sie nur einen Blick in den Kaminspiegel erhaschen könnte, bevor sie sich zu ihm umdrehte!

Da hörte sie seine Schritte auf dem Teppich.

„Fürchten Sie sich, Frau Hjarmer?"

Die tiefe, feste Stimme, mehr als die Worte, forderte ihren Stolz heraus.

„Fürchten?" fragte sie und wandte sich hocherhobenen Hauptes zu ihm um, während die Oberlippe sich zu einem Lächeln kräuselte.

(Fortsetzung folgt.)

besonders zu ehren und sie von jeglicher Steuer zu befreien. Also, meine Herren Droschkenbesitzer, diese Steuer liegt doch in Ihrem allereigensten Interesse. Weshalb sträuben Sie sich nur dagegen, daß Ihre Selbstlosigkeit dokumentarisch festgelegt werden soll?! Sie brauchen dann künftig überhaupt keine Steuern mehr zu bezahlen, und auch Ihre Angestellten werden in ihren Lohnforderungen künftig bescheidener sein, wenn sie aus dieser Einnahmekontrolle ihres Arbeitgebers erkennen, daß er überhaupt nichts verdient, sondern etliche 100 000 M. alljährlich zusetzt. Also, nicht wahr, wir probieren's wenigstens mal ein einziges Jahr lang — lediglich in Ihrem Interesse!

Hilfsaktion für die Sarotti-Arbeiterschaft.

Der „Zentralverband der Bäcker und Konditoren" teilt uns mit, daß er in seiner letzten Bezirksleitersitzung einen sofortigen Hilfsfonds von 100 000 Mark seitens der Zentralverwaltung zur Verfügung gestellt hat, und daß auch die Mitgliedschaft Berlin 50 000 M. sofort verfügbarer Gelder flüssig gemacht hat. Diese sollen zunächst einmal für die in äußerste Not geratenen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie ihre notwendigen Kleidungsstücke verloren haben, verwendet werden. Es ist ferner beschlossen, eine Hilfsaktion über den gesamten deutschen Verband durch freiwillige Sammlungen einzuleiten. Am heutigen Tage werden weitere Verhandlungen mit der Firma in die Wege geleitet, wieweit diese von sich aus der Hilfsaktion beitreten will.

Wie an dieser Stelle wiederholt ausgesprochen, wäre es vor allem Pflicht der trotz der Brandschädigung noch immer so außerordentlich gut fundierten Firma, den Arbeitern zunächst das zu ersetzen, was sie bei dem Brand an materiellen Werten verloren haben.

Das Femgericht.

„Knochenbrechers" Ende auf dem Athletenball.

In ein eigenartiges Milieu leuchtete ein Voruntersuchungsverfahren hinein, das augenblicklich den Untersuchungsrichter des Landgerichts I beschäftigt und auf Mord lautet.

Der schon vor einigen Jahren durch Veranstaltung eines merkwürdigen „Herrenabends" bekannt gewordene „Klub Roland", dessen Mitglieder sich aus zumeist im Norden und Osten Berlins wohnhaften Ringkämpfern, Boxern und Athleten zusammensetzen, hatte am 24. April 1920 in den „Germania-Festsälen" in der Chausseestraße einen großen Ball veranstaltet, an dem etwa 2000 Personen teilnahmen, u. a. der Verein „Osten" mit seinem Vorsitzenden Georg Döring, genannt „Der Knochenbrecher". Diesen eigenartigen Ehrentitel hatte D. wegen seiner ganz kolossalen Körperkräfte, wegen deren er selbst von der Polizei gefürchtet wurde. Gegen zwei Uhr morgens entstand an der Rutschbahn ein Streit, den Döring in einer dem ganzen Milieu entsprechenden Weise dadurch zu beenden versuchte, daß er einige andere Athleten von oben die Rutschbahn herunterwarf. Plötzlich knallten mehrere Revolverschüsse und der „Knochenbrecher" sank zu Tode getroffen zu Boden. Auf die Auffindung des Täters setzte der Verein eine Belohnung von 100 000 Mark aus, und auf eine anonyme Anzeige hin erfolgte die Verhaftung des Restaurateurs Friedrich Maier unter dem Verdacht des Mordes. Der Verein „Osten" behauptet sogar, daß Döring derartig gefürchtet gewesen sei, daß man schon immer mit seiner gewaltsamen Beseitigung gerechnet habe. In bestimmten Kreisen habe sich eine Art modernes Femgericht gebildet und auf den Beschuldigten Maier sei das Los gefallen, den D. erschießen zu müssen.

In dem Untersuchungsverfahren hat der Verteidiger für den Beschuldigten geltend gemacht, daß er in der Notwehr gehandelt habe. Wie behauptet wird, wird die Untersuchung in dieser Sache und damit die völlige Aufklärung dadurch sehr erschwert, daß viele Zeugen, darunter solche, welche für M. sehr entlastend aussagen könnten, mit ihren Aussagen aus Furcht vor der Rache der Freunde des Getöteten sehr zurückhalten.

Keine Briefstatistik.

Eine Berliner Korrespondenz hatte die Mitteilung verbreitet, daß im Reichspostministerium neuerdings Erhebungen über den Rückgang des Brief-, Telegramm- und Fernsprechverkehrs angestellt worden seien und daß sich seit dem 1. Januar beim Brief- und Telegrammverkehr ein Rückgang von nahezu 50 Proz. ergeben habe. Das Reichspostministerium teilt hierzu mit, daß allgemeine Ermittelungen beim Briefverkehr vorderhand nicht in Aussicht genommen sind, weil erfahrungsgemäß der erste an eine Gebührenerhöhung anschließende Monat zuverlässige Unterlagen über den Umfang des Briefverkehrs nicht zu liefern vermag. Bei den Telegrammen, die im Gegensatz zu den Briefsendungen fortlaufend gezählt werden, ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von etwa 15 Proz. festgestellt, so daß jetzt der Vorkriegszustand erreicht ist. Beim Fernsprechverkehr stellt sich der Rückgang im Ortsverkehr auf 13 Proz., im Fernverkehr auf 14 Proz.

Die verräterische Silberfigur.

Ein gefährlicher Verbrecher, bei dessen Verfolgung ein Unbeteiligter getötet worden ist, machte gestern der Strafkammer des Landgerichts II und mehreren medizinischen Sachverständigen viel Arbeit. Der vielfach vorbestrafte Händler Otto Grunert war wegen Einbruchsdiebstahls und fahrlässiger Tötung angeklagt.

Grunert hatte am 12. Juni 1919 im Hause Potsdamer Str. 21 einen Wohnungseinbruch verübt und eine Menge Silberzeug erbeutet. Er wurde aber von dem Portier des Hauses Bindzus dadurch ertappt, daß ihm im Flur von seiner Beute eine Silberfigur entglitt, er entfloh und wurde von Bindzus im Auto verfolgt. Um sich seines Verfolgers zu erwehren, gab der Verbrecher mehrere Schüsse aus seinem Revolver ab, von denen einer den völlig unbeteiligten Hausdiener Engel traf und tödlich verletzte. Mit Hilfe eines Dr. Wossidlo wurde der Einbrecher dann festgenommen; er ist schon einmal wegen einer ähnlichen Revolverschießerei zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er zurzeit verbüßt. Inzwischen hat G. den „Zuchthausknall" erlitten und ist mehrmals in eine Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen worden. Auch gestern war sein Verhalten derartig, daß Rechtsanwalt Dr. Puppe als sein Verteidiger die Behauptung aufstellte, daß Grunert nicht verhandlungsfähig sei. Die vernommenen drei medizinischen Sachverständigen waren sich in diesen Punkten nicht ganz einig, so daß das Gericht dem Antrage des Dr. Puppe entsprechend beschloß, noch weitere Erhebungen über den Geisteszustand des Angeklagten anzustellen und namentlich auch den Anstaltsarzt zu hören.

Die Ursachen des Dessauer Theaterbrandes.

Der Brand des Friedrich-Theaters in Dessau ist, wie nunmehr festgestellt ist, auf einen Schaden in der Heißluftheizung zurückzuführen. Eine Flamme schlug durch eine schadhaft gewordene Stelle der Heizungsanlage und setzte die Bühne, unter der sich die Heizung befand, in Brand. Das Künstlerpersonal ist dadurch hart getroffen, daß es im Falle eines Brandes als entlassen gilt. Das Kuratorium hat sich für den Wiederaufbau des Theaters entschieden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Seefische ausreichend. Flußfische knapp. Fleisch reichlich, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft flau.

•

Am gestrigen Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Schweinefleisch kostete das Pfund 14 M. **Leber** schwankte zwischen 22 und 24 M. **Königsberger Fleck** 9 M. **Hammelfleisch** 14,50—17 M. **Rindfleisch** 15 M. — **Hasen** 11—12 M. das Pfund. **Gänse** konnte man für 24—26 M. das Pfund erhalten. **Puten** 22—24 M. Ein Paar **Hasenkeulen** kosteten 30 M. — **Schellfisch** 9—10 M. **Schellen** 12 M. und **Goldbarsch** 9 M. **Kabeljau** wurde mit 12 M. und **Rotzungen** mit 13,50 M. angeboten. **Hechte** in Eisverpakung 17 M. **Quappen** 12—13 M. **Plötzen** 8—10 M. — **Gänseschmalz** ein Pfund 45 M. und **Schweineschmalz** 28 bis 29 M. **Liesen** kamen 26—28 M. **Naturbutter** 42—50 M., **Margarine** 20, 22 und 28 M. das Pfund. — **Eier** 4,50—4,60 M. das Stück. — **Mohrrüben** 1,40—1,50 M. und **Wirsingkohl** 3 M. **Teltower Rübchen** 2,50 das Pfund. **Sellerie** 8 M. — **Mandarinen** 12—13 M. **Kochbirnen** 4,50 M. **Apfelsinen** 2—3,50 M. das Stück. — Der **Räucherhering** kostete 3,25 M. und das Viertelpfund **Kieler Sprotten** 3,50 bis 6 M. **Schleihücklinge** standen mit 11—13 M. das halbe Pfund ausgezeichnet.

Auf der Käsefährte.

In einer der letzten Nächte wurden dem Meereibesitzer Taruttis in Neu-Jägerischken im Kreise Tilsit durch Einbruch etwa 7 Zentner Käse und ¼ Zentner Butter im Gesamtwerte von 23 000 M. entwendet. Die telephonisch benachrichtigte Kriminalpolizei in Tilsit entsandte einen Kriminalassistenten mit dem Polizeihund „Brilo" an den Tatort. Hier erhielt der Hund Witterung, nahm sofort eine Spur auf und verfolgte sie auf einer mit Eis bedeckten Kies-Chaussee. Nach etwa einem Kilometer sprang das Tier in den Chausseegraben und scharrte aus dem Schnee einen Sackzipfel heraus. Man legte die Stelle frei und fand nun eine in Säcke eingehüllte Käserolle im Gewicht von 1½ Zentnern. Abermals nahm der Hund die Spur auf der vereisten Chaussee auf und lief nach einem entfernten Friedhof, wo drei weitere Käserollen — an den Gräbern versteckt — aufgefunden wurden. Dann trabte das Tier schnurstracks nach einem 800 Meter entfernten Gehöft, wo er im Flur des dort wohnhaften Invaliden August Killat einen Haufen Säcke „verbellte", unter dem man zur allgemeinen Ueberraschung einen Rodelschlitten entdeckte, dessen Spur man vorher bereits festgestellt hatte. Der Besitzer des Hauses gab unter dem Druck der Beweisstücke an, daß zwei in Tilsit wohnende Arbeitslose den Diebstahl bei Taruttis ausgeführt und die gestohlene Butter und den Käse am Morgen dieses Tages zu ihm gebracht hätten. Beide Täter wurden dem Gerichtsgefängnis übergeben. Der wackere Hund hat seine Ausbildung in der Staatlichen Zucht- und Abrichteanstalt in Grünheide i. d. Mark erhalten.

Beim Brand in der St. Johanniskirche ist leider auch der 46jährige Kirchendiener August Riemer zu Schaden gekommen. Als Riemer, der auf demselben Grundstück wohnt und die starke Rauchentwicklung sah, den Saal betrat, stürzte er durch den bereits durchgebrannten Fußboden in den Keller hinab und trug neben schweren Brandwunden am rechten Arm einen Rippenbruch davon. Er wurde nach dem Moabiter Krankenhaus geschafft.

Todesurteil gegen ein Mörderehepaar. Das Schwurgericht in Essen verurteilte gesternvon später Abendstunde das Ehepaar Burkhardt wegen Ermordung seiner 12jährigen Tochter Elisabeth zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust.

Verloren wurde gestern früh im Zuge ab Gesundbrunnen in Richtung Westend eine braune Aktentasche mit Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbuch, lautend auf den Namen Franz Büchel. Der ehrliche Finder wird gebeten, diese gegen gute Belohnung in der „Vorwärts"-Expedition, Lindenstr. 3, abzugeben.

Wetter bis Sonnabend mittag. Trocken und überwiegend heiter. Oestlich der Oder noch ziemlich strenger Frost, weiter westlich ein wenig gelinder bei frischen östlichen bis südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Der angesetzte Zuschneidekursus muß bis auf weiteres ausfallen. Die Fortsetzung wird im „Vorwärts" bekanntgegeben.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Freitag, den 27. Januar, 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Will (Nachf. Obst), Martin-Luther-Str. 69.

Heute, Freitag, den 27. Januar:

48. Abt. 8 Uhr von Rohß, Brandenburgstr. 20, aus Flugblattverbreitung.

115. Abt. Lichtenberg. 7 Uhr bei Albrecht, Gürtelstr. 17, Sitzung der Abteilungsleitung, Partei- und Betriebsfunktionäre. Die Karten der Betriebsvertrauensleute werden dort abgestempelt.

Jungsozialisten. Gruppe Norden: 7½ Uhr in der Gemeindeschule Putbuser Straße 3/6 Unterhaltungsabend. — **Lichterfelde:** 7½ Uhr im Jugendheim Albrechtstr. 14a Vortragsabend. — **Arbeitsgemeinschaft Süden:** 7½ Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Diskussionsabend. — In sämtlichen Veranstaltungen steht zur Tagesordnung nach dem Vortrag: Aussprache über unsere Zeitschrift „Jungsozialistische Blätter".

Morgen, Sonnabend, den 28. Januar:

34. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Thirbitz, Litauer, Ecke Graudenzer Str.

77. Abt. Schöneberg. 8 Uhr Familienabend bei Will, Martin-Luther-Str. 69.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telephon Moritzplatz 121 68—121 10.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen am Freitag, den 27. Januar:

Weißensee: Jugendheim Ledigenheim Woelckpromenade. — **Niederschönhausen:** Gemeindeschule Blankenburger Str. 69/70. — **Schöneberg I:** Jugendheim Ruhens-, Ecke Hauptstraße. — **Blankenburg:** Jugendheim Gemeindeschule Triftstraße. — **Halensee:** Jugendheim Gemeindeschule Joachim-Friedrich-Str. 43. — **Schöneberg II:** Jugendheim Gemeindeschule, Frankenstr. 10. — **Moabit:** Jugendheim Gemeindeschule Waldenserstr. 21. — **Wedding:** Jugendheim Gemeindeschule Müller-, Ecke Triftstraße. — **Neukölln-Süd:** Jugendheim Rogatstraße 53. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. — **Nordosten:** Jugendheim Gemeindeschule Heinersdorfer Str. 18. — **Britz:** Jugendheim Chausseestraße 48 (Rathaus). Vortrag: „Was ist Sozialismus". — **Adlershof:** Jugendheim Schulbaracke Hackenbergstraße. Vortrag: „Körperpflege". — **Petersburger Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Strasmannstr. 6. Vortrag: „Alt-Berlin". — **Pankow:** Jugendheim Breite Str. 22, Eingang Finanzamt. Vortrag: „Wir und die Freideutschen".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Ueber Sexualreform und Sexualpädagogik sprechen am Sonnabend, den 28. Januar, 7½ Uhr abends, in der Aula Rochstr. 18 in Berlin in öffentlicher Versammlung der entschiedenen Schulreformer der Arzt Dr. Max Hodaner und die Pädagogen Dr. Siegfried Kawerau und Ludo Stöcker.

Schlesier-Verein „Rübezahl", Charlottenburg. Sonntag, den 29. Januar, Feier des 10jährigen Bestehens im Kaiser-Friedrich-Zeit, Berliner Str. 68. Anfang 5 Uhr nachmittags. U. a. Theateraufführung in schlesischer Mundart. Gäste willkommen.

Kontilien-Verein „Die Naturfreunde", Abt. Mitte. Sonntag Besichtigung des Botanischen Gartens. Sachkundiger Führer. Treffpunkt ½9 Uhr Bahnhof Steglitz. Teilnehmergebühr 1,25 M. Kinder unter 12 Jahren keinen Zutritt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Einschränkung von Bränden. Das bloße Vorhandensein der vorgeschriebenen Feuerlöschmittel allein genügt nicht, um die Möglichkeit der Ausdehnung eines Brandes auszuschließen. Ihrer Bestimmung entsprechen alle Feuerlöschmittel erst dann, wenn sie ständig durch geschultes Personal überwacht und instandgehalten werden. Eine solche Tätigkeit hat sich die „Iffa" zur Aufgabe gestellt. Sie übernimmt es, in Betrieben jeden Umfanges die Pläne zu zweckmäßigen Feuerschutzanlagen auszuarbeiten, vorhandene zu überwachen und instandzuhalten, sowie, falls erwünscht, die notwendigen Feuerlöschgeräte und dergleichen zu liefern. Die „Iffa"-Aktien-Gesellschaft, deren Zentrale sich in Berlin W. 8, Wilhelmstr. 69 B, befindet, versendet auf Verlangen Broschüren, aus denen alles Nähere über ihre Tätigkeit ersichtlich ist.

Die Firma „Der Schuhhof" veranstaltet zurzeit ihren diesjährigen Inventur-Ausverkauf. (Siehe Inserat.)

Im Berliner Aquarium sind nach längerer Zeit wieder sogenannte Wachsrosen eingetroffen, prächtige große, zu den Actinien gehörende Hohltiere, die einen ausgezeichneten Schmuck des großen Seewasserbecken Nr. 10 bilden, wo sie zusammen mit dickhörnigen Seerosen, Purpurrosen und Röhrenwürmern hausen. Da die Wachsrose nur im Mittelmeer vorkommt, so ist sie jetzt ohne sehr große Schwierigkeiten und Kosten nicht zu beschaffen.

Achtstundentag und Arbeitsleistung.

Von Otto Bach.

Je weiter die durch den Vertrag von Versailles hervorgerufenen Weltwirtschaftsverhältnisse dem Chaos zutreiben, desto eifriger sind die an diesen Verhältnissen schuldigen Kreise aller Länder auf der Suche nach einem Sündenbock für dieses internationale Wirtschaftselend. Augenblicklich ist es der Achtstundentag, der in allen Ländern der Welt aufs heftigste befehdet wird. Ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß der Krieg 4½ Jahre lang den internationalen wirtschaftlichen Verkehr unterbunden hat, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch in allen Ländern schwere Krisen verursacht wurden, versucht das internationale solidarische Unternehmertum an Hand von billigen Statistiken nachzuweisen, daß der Achtstundentag allein die Schuld an den traurigen Verhältnissen trägt.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einmal festzustellen, welche Erfahrungen mit dem Achtstundentag schon gemacht wurden. Man kann diese Erfahrungen zurückverfolgen bis auf die Anfänge der modernen Industrie. In einer englischen Gesellschaft für chemische Produkte wurde im Jahre 1892 die Präsenzzeit der Arbeiter in der Fabrik von 12 auf 8 Stunden herabgesetzt. Zuerst widersetzte sich das auf Stücklohn arbeitende Personal dieser Neuerung, die es für stark nachteilig hielt. 6 Monate später indessen überstiegen der Ertrag und mithin die Löhne die Summe dessen, was unter dem früheren System verdient wurde, und der geistige und seelische Zustand der Arbeiter hatte sich allgemein gebessert. Dabei waren die Gewinne der Gesellschaft dauernd gestiegen. Eine Vermehrung der Produktion durch Einführung des Achtstundentages wurde ferner erzielt in den optischen Fabriken von Zeiß, Jena 1900; in England: in der Fischkonservierungsindustrie, in der Stahl- und Zinkplattenindustrie, in den Kohlenbergwerken von Yorkshire; in den Vereinigten Staaten: in den Hochöfen von Cleveland, in den Kohlenbergwerken von Illinois, in den großen staatlichen Papierfabriken sowie in einer Anzahl verarbeitender Industrien. In der Granitbearbeitungsindustrie wurde durch allmähliche Verkürzung der Arbeitzeit festgestellt, daß der Siebenstundentag die vorteilhaftesten Ergebnisse liefert. In Amerika besteht ein Studienamt von Arbeitgebern, dem mehr als 50 000 amerikanische Industrielle angehören. Dieses Amt hat umfangreiche Erhebungen über Arbeitszeit und Arbeitsleistung angestellt. Aus den Berichten über die sorgfältige Erhebungen dieses Amtes geht hervor, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in großen und kleinen Betrieben die besten Resultate erzielte. Einen glänzenden Beweis für die trügerischen Vorteile des langen Arbeitstages haben die englischen und französischen Munitionsfabriken während des Krieges geliefert. Zu Beginn des Krieges verzichteten die Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Sonnabend- und Sonntagsruhe und nahmen aus nationalen Gründen Arbeitstage von 12, 13 und mehr Stunden an. Nach einem Jahre war die Produktion pro Kopf des Arbeiters so gesunken, daß man, „um die Produktion zu heben", die wöchentliche Ruhezeit wieder einführen und die tägliche Arbeitszeit verkürzen mußte.

Seit dem Jahre 1915 haben sich die Kenntnisse über die Frage des Achtstundentages wesentlich vertieft und bereichert. Heute sind es nicht mehr die Forschungen der Physiologen oder die Erfahrungen einzelner Industrieller, die uns über die Folgen der Arbeitsdauer und der Arbeitsbedingungen Aufschluß geben, sondern es sind bereits in verschiedenen Ländern der Welt vier große Erhebungen*) mit großem Aufwand an Mitteln und Zeit unter Führung hervorragender Spezialisten durchgeführt worden. Die erste Erhebung dieser Art wurde von dem „Ausschuß zum Studium der Ermüdung" der britischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unternommen. Dieser Ausschuß kam, bei Betrachtung der Ermüdung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, zu dem Schluß, daß die langen Arbeitstage durch die Abnahme der Produktion, durch die größere Anzahl der Unfälle und die Zunahme der Ausschußprodukte, durch das häufige Fehlen der Arbeiter, den Unternehmer schädigen. Eine zweite Erhebung hat ein englischer Professor aus Bristol im Auftrage des „Home Office" angestellt, die sich sowohl der physiologischen Methoden als auch der Forschungen über den Ertrag bedient. Das Ergebnis seiner Forschung stellt fest, daß die Verlängerung des Arbeitstages, die Ueberstunden, die Nachtarbeit, die frühe Morgenarbeit, die Unterdrückung der Ruhepausen und des wöchentlichen Ruhetages, ungenügende Ernährung usw. eine ganz besonders schädigende Wirkung haben. Unter solchen Bedingungen ist die Produktion manchmal so schwach, daß z. B. der Ertrag des Zwölfstundentages unter den des Achtstundentages herabsinkt. Eine weitere Untersuchung hat das englische „Munitionsministerium" angestellt und hat während einer Beobachtungsdauer von nahezu fünf Jahren ähnliche Ergebnisse erzielt. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58,2 auf 41,2 Stunden = 7 Proz. hat den Wochenertrag um 22 Proz. vermehrt. Bei Frauen wurde die Arbeitszeit von 66,2 auf 45,6 Stunden = 20,6 Proz. zurückgesetzt, was einer Vermehrung des Wochenertrages von 9 Proz. gleichkam. Die vierte Erhebung dieser Art wurde von der amerikanischen Kommission des Rates der nationalen Verteidigung in der gleichen Weise fortgeführt. Das Wesentlichste aus diesem Bericht ist die Feststellung, daß auch hier zur Steigerung der Produktion die Arbeitszeit verkürzt werden mußte.

Alle diese Erhebungen haben von neuem die Ansicht bestätigt, die bereits im Jahre 1902 nach vierjährigem Studium der vom Kongreß der Vereinigten Staaten ernannte industrielle Ausschuß äußerte: Die Industrie bewegt sich zweifellos in der Linie zunehmender Anstrengungen. Angesichts dieser Tatsache gibt es nur ein Mittel, die Gesundheit und Langlebigkeit unserer arbeitenden Bevölkerung zu schützen: Verkürzung der Arbeitszeit. Niemals hat die Einführung der verkürzten Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit eines Landes auf dem Weltmarkte geschwächt. Besonders wertvoll sind diese Feststellungen, weil sie unter Führung industrieller Kreise gemacht wurden und ausnahmslos ein günstiges Urteil über den Achtstundentag enthalten.

Auf der internationalen Arbeitskonferenz in Washington wurde bereits ein internationales Uebereinkommen zur Einführung des Achtstundentages getroffen. Dieses Uebereinkommen soll von den beteiligten Ländern ratifiziert werden und somit der Achtstundentag in die nationale Arbeitsgesetzgebung aufgenommen werden. Aber gerade in der Ratifikation dieses Uebereinkommens machen sich in den meisten Ländern heftige Widerstände des Unternehmertums geltend. Während sich aber die meisten Länder damit begnügen, das Abkommen einfach nicht zu ratifizieren, geht England bereits offen zum Angriff auf den Achtstundentag über, indem es an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Genf den Antrag stellte, das Achtstundentagabkommen auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz einer Revision zu unterziehen. Die Erhaltung und die Erkämpfung des Achtstundentages ist also nach wie vor eine Frage der Stärke der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. Für die deutsche Arbeiterbewegung ist die Frage insofern von Bedeutung, als auch das deutsche Unternehmertum mit allen Mitteln versucht, den Achtstundentag wieder abzubauen, um so mehr, als das internationale Uebereinkommen über den Achtstundentag von Washington demnächst dem Reichstage zur Ratifikation zugehen wird.

*) Int. Arb.-Amt Genf: Erhebung über die Produktion. Bd. I: Einleitende Denkschrift.

Etatsdebatte im Landtag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der Etatsdebatte des Landtags führte Genosse **Heilmann** weiter aus:

Charakteristisch hierfür ist der Fall des demokratischen Landrates Friedensburg. An der Hetze gegen ihn hat sich auch der vorgesetzte Regierungspräsident, ein Graf von Baudissin, beteiligt. Die Demokratisierung der Verwaltung muß mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. Dringend zu fordern sind baldigst Gesetze über die Reform der Lehrerbildung und über die

Trennung von Kirche und Staat.

Die Arbeiter verstehen es nicht, daß die

Ausübung der Justiz immer noch ein Klassenvorrecht

ist.

Zum Schluß setzte sich der Redner mit großem Nachdruck für die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth ein und begrüßte es, daß sich im Reichstag jetzt eine Mehrheit für den Weiterbestand des Kabinetts Wirth und seine Steuerpolitik gefunden habe. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Wallraf** (Dn.) wendet sich gegen die Ueberspannung des Einheitsgedankens. Die Grundsteuer muß als reine Kommunalsteuer ausgestaltet werden. Die zerrissene Gegenwart ist für eine Verwaltungsreform wenig geeignet.

Abg. Dr. **Hager** (Ztr.) stimmt den Ausführungen des Finanzministers namentlich in dem zu, was er von den staatlichen Betriebsverwaltungen gesagt hat. Die Ausgaben für die Schutzpolizei erscheinen uns zu hoch. An der konfessionellen Schule halten wir fest. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, wenn auch ein großer Teil meiner Fraktion monarchistisch gesinnt ist.

Abg. **Leid** (USP.): Die Teuerung wächst unaufhaltsam. Nun soll auch noch der Brotpreis von 7 auf 14 M. steigen! Die Grundsteuervorlage lehnen wir in der vorliegenden Fassung ab. Die Steuersätze sind uns zu gering. Der Besitz muß kräftiger erfaßt werden. Wenn man 1918 den

Besitz der Hohenzollern

als Staatseigentum erklärt hätte, dann brauchte jetzt nicht mehr so viel Zeit darauf verwendet zu werden. Eine Koalitionspolitik, die zu einem Ministerium Boelitz führt, ist der schlimmste Schade für die Arbeiterklasse.

Abg. Dr. **v. Campe** (DVP.): Der Abg. Heilmann meinte, die Beamten der Finanzämter wollten nicht für die Republik arbeiten. Nein, der Grund ist, daß sie infolge der Unübersichtlichkeit und Ueberhäufung mit der Arbeit einfach nicht fertig werden. Die Etatberatung muß bis zum 1. April abgeschlossen sein.

Abg. **Rogg** (Komm.): Die Unrentabilität der Staatsbetriebe ist darauf zurückzuführen, daß die Industrie den Staat bei seinen Einkäufen schamlos über das Ohr haut. Die deutsche und preußische Politik wird zurzeit von Stinnes regiert. Die Sozialdemokraten sind wieder einmal umgefallen und haben offenbar auf die Erfassung der Goldwerte verzichtet. (Widerspruch bei den Soz.) Wir haben kein Vertrauen zu dem Ministerium. Severing ist für uns die Verkörperung der Reaktion. (Gelächter bei den Soz.)

Abg. **Oeser** (Dem.): Man darf nicht nur Sparsamkeit mit Worten fordern, man muß auch danach handeln. Die Annahme des Londoner Ultimatums hat sich trotz der schwerwiegenden Folgen für unsere Valuta als richtig erwiesen. Nicht eine Politik von heute auf morgen, sondern das zielbewußte Begehen des dornenvollen Weges der Erfüllung kann uns zum neuen Aufbau führen.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Freitag, 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach ½6 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

B. W. Uns ist darüber nichts bekannt; wenden Sie sich an die Geologische Landesanstalt, Berlin N. 4, Invalidenstr. 44. — **R. 1.** Unseres Wissens gibt es einen solchen Almanach; fragen Sie bei der Redaktion des „Film-Kurier", W. 9, Leipziger Str. 39, an.

Wirtschaft

Aktive Handelsbilanz Deutschlands im Dezember.

Der deutsche Außenhandel hat im Monat Dezember ein überraschendes Ergebnis gezeitigt. Hatten sämtliche vorangegangenen Monate einen starken Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr gebracht, so überwog im Dezember die Warenausfuhr dem Werte nach um 0,9 Milliarden Mark den Import. Erkauft wurde diese günstige Wendung der Handelsbilanz mit einer starken Einschränkung der Einfuhr, die mit 20,9 Mill. Doppelzentnern der Menge nach den niedrigsten Stand seit dem Monat Juli erreichte, dem Wert nach allerdings gegen November noch um 1,4 Milliarden oder 11,1 Proz. zugenommen hat. Es ist dies eine Folge der Valutaverschlechterung. Die Warenausfuhr hingegen ist sowohl dem Werte wie der Menge nach gegen den Vormonat gestiegen und erreichte im Werte den höchsten Stand, seitdem Einzelangaben über den Außenhandel der Nachkriegszeit vorliegen. Die Gegenüberstellung von Ein- und Ausfuhr ergibt für diese Zeit folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Menge in Millionen Doppelzentner	Wert in Milliarden Mark	Menge in Millionen Doppelzentner	Wert in Milliarden Mark
Dezember 1921	20,9	13,7	19,3	14,6
November „	25,8	12,3	19,1	11,9
Oktober „	30,0	13,9	19,7	9,7
September „	25,3	10,7	18,7	7,5
August „	21,1	9,4	18,8	6,7
Juli „	19,2	7,6	15,6	6,2
Juni „	18,2	6,4	15,1	5,4
Mai „	15,3	5,5	11,4	4,5
Dezember 1920	20,0	—	17,6	7,8

Trotz des günstigen Ergebnisses im letzten Monat des Jahres bleibt die Handelsbilanz nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes immer noch stark passiv. Die Einfuhr überragte in den Monaten Mai bis Dezember, für die Einzelangaben bisher vorliegen, die Ausfuhr dem Werte nach immer noch um 12,1 Milliarden Mark. Der Ausfuhrüberschuß des letzten Monats wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Einfuhr von Nahrungsmitteln stark eingeschränkt worden wäre, ein Vorgang, der volkswirtschaftlich durchaus unerwünscht ist, weil er die Lebenshaltung des Volkes herunterdrückt, der sich aber aus der Valutaverschlechterung erklärt. Hier zeigt sich deutlich, wer bisher in Wirklichkeit die Goldmarkschulden an die Entente bezahlt hat, nämlich der Verbraucher.

Reichswirtschaftsrat und Brotpreispolitik.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich mit dem Beschluß der Reichsregierung auf Erhöhung der Mehl- und Brotpreise mit Wirkung vom 16. Februar ab. Der Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft begründete die Maßnahme der Reichsregierung mit dem Verlangen der Entente auf Abbau der Reichszuschüsse zur Entlastung des Reichshaushaltes und der seit der letzten Festsetzung des Brotpreises eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Valuta.

Im Anschluß daran legt der Vorsitzende der Reichsgetreidestelle die Einkaufspolitik dieser Stelle in eingehenden Ausführungen dar, die für vertraulich erklärt wurden. Auf eine Anfrage von Vertretern der Landwirtschaft, warum im September und Oktober des vergangenen Jahres nicht freies Inlandsgetreide zu den damals noch billigen Preisen aufgekauft worden sei, erklärte er, daß der Markt in diesen Monaten sehr klein war, wie Börsenberichte zeigen, die Umsätze von nur 300 Tonnen aufweisen. Jeder Käufer beeinflußte die Preise, Käufe der Reichsgetreidestelle hätten sie also stark hochgetrieben. Eine derartige Preissteigerung hätte aber gerade nicht im Interesse der Landwirtschaft gelegen, die sich zu der Zeit auf dem freien Markte eindecken wollte, teils zur Erfüllung der Umlage, soweit sie sich nicht aus eigenem erfüllen konnte, teils für ihre sonstigen Betriebszwecke. Außerdem lag im September der inländische Getreidepreis noch über dem Weltmarktpreis.

In der Erörterung wurde allgemein anerkannt, daß es sich bei der Brotpreiserhöhung um eine notwendige Folge der passiven Handels- und Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft und der damit verbundenen Markentwertung handelt. Im einzelnen wiesen die Arbeitgeber der Landwirtschaft darauf hin, daß die Brotpreiserhöhung der Landwirtschaft in keiner Weise zugute komme, da der Umlagepreis der alte bleibt. Vertreter der Arbeitnehmer und Verbraucher betonten, daß die Auswirkung einer Brotpreiserhöhung eine Erhöhung aller Preise sein würde und es dementsprechung mit einer Lohnerhöhung, die rein rechnerisch nur die Brotpreiserhöhung berücksichtige, nicht getan sein könne. Eine besondere Hilfsaktion wurde für die Rentenempfänger gefordert. Mit 12 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen wurde darauf eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände war der Beschluß des Reichskabinetts unvermeidlich. Der Ausschuß fordert indessen die Regierung auf, dahin zu wirken, daß Maßnahmen ergriffen werden, durch die Lohn- und Rentenempfänger in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreiserhöhung in ihrer vollen Auswirkung zu ertragen.

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß für die Uebergangszeit von der alten zur neuen Ernte ausreichende Getreidereserven beschafft werden, damit nicht zum hohen Brotpreis auch noch eine Brotknappheit hinzutritt."

Deutschlands Salzausfuhr. Die Gesamtausfuhr von Steinsalz betrug im Jahre 1921 rund 637 000 Tonnen im Werte von 121 Millionen Mark. Sie ist gegen das Jahr 1920, in dem sie 1,236 Millionen Tonnen im Werte von 280,5 Millionen Mark erreichte, der Menge nach um etwa 50 Proz., dem Werte nach um etwa 57 Proz. zurückgegangen. Der beste Abnehmer war Großbritannien mit seinen Ueberseegebieten, das 130 Proz. der Ausfuhr von 1920 aufnahm. Es folgen Belgien (83 Proz.), Finnland (67 Proz.), Ungarn (63 Proz.), Dänemark und Tschechoslowakei (60 Proz.), Schweden (55 Proz.) und Holland (53 Proz.). In Norwegen (29 Proz.) machte sich der Wettbewerb des Mittelmeersalzes stark fühlbar. Nach Jugoslawien und Bulgarien kann eine Steigerung des Absatzes erwartet werden, sobald sich die Anpassung der deutschen Salzproduzenten an die eigenartigen Bedarfsverhältnisse dieser Länder in noch stärkerem Maße vollzogen haben wird. Polen und Rußland werden aussichtsreiche Absatzgebiete werden, denn sie sind noch auf absehbare Zeit auf die deutsche Salzausfuhr angewiesen. Die Ausfuhr nach Uebersee betrug 41 Proz. der Menge von 1920 und entwickelte sich verhältnismäßig günstig.

Die Umwandlung von Reichsbekleidungsämtern in Aktiengesellschaften ist beabsichtigt. Dazu erfährt die „Deutsche Konfektion", daß das Aktienkapital der zu gründenden Deutschen Kleiderwerke A.-G. sowie der Allgemeinen Schuhindustrie A.-G., welche die Betriebe der Bekleidungsämter übernehmen sollen, je zehn Millionen Mark betragen wird. An der Gründung der Deutschen Kleiderwerke A.-G. beteiligt sich das Reich mit 25 Proz., ferner einige Herrenkonfektionsfabriken. 10—15 Proz. des Aktienkapitals sollen verschiedenen großen Einzelhandelskonzernen angeboten werden. Folgende Reichsbekleidungsämter sollen von den neuen Aktiengesellschaften übernommen werden: Breslau, Stettin, Hannover, Kassel, Ludwigsburg, Kiel, Wilhelmshaven. Eine Ausnahmestellung nimmt das Reichsbekleidungsamt Dresden ein, das in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb umgewandelt werden soll, an dem der sächsische Staat, die Industrie, die Arbeitnehmerorganisationen, das Handwerk und die Arbeiter des Bekleidungsamtes mit je 20 Proz. sich beteiligen wollen.

Arbeitersport.

Ein öffentliches Turnen veranstaltet heute abend 6½ Uhr die Knaben-Abt. Osten der Freien Turnerschaft Groß-Berlin zur Feier ihres zweijährigen Bestehens in der Turnhalle Petersburger Str. 4. Eltern und Kinder als Gäste willkommen.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Bezirk Süden. Sonntag: Familienpartie nach Eichwalde, Lokal Witte. Treffpunkt 1½ Uhr Görl. Bhf., Fahrt bis Grünau. — Bezirk Neukölln. Sonnabend: Maskenball im Karlsgarten. — Sonntag: Turnfahrt der 1. und 2. Knaben-Abt. Treffpunkt 8½ Uhr Hohenzollernplatz.

Gewerkschaftshaus SO. 16 Engelufer 25
Oekon.: M. Schröder
FERNSPRECHER: Moritzplatz 8641
Die anerkannt vorzügliche Küche!!!
Jeden Dienstag u. Freitag: Schlachtefest
Spezialität: Frische Blut- und Leberwurst mit Sauerkohl

Alte Reserve Winkelhausen
die deutsche Weinbrandmarke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 830, 834, 835, 836.
Sonntag, den 29. Januar, vorm. 9 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16:
Branchenversammlung
aller freigewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen der Branche der Walzwerk-, Blei-, Drahtkabel-, sowie Papierrohrarbeiter und -arbeiterinnen, soweit dieselben dem Metallkartell angehören.
Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen. 2. Stellungnahme zur neuen Eingruppierung. 3. Branchenangelegenheiten.
111/13 Die Ortsverwaltung.

Funktionäre des Metallkartells.
Sonntag, den 29. Januar, vorm. 9½ Uhr, im Saale der Böhow-Brauerei, Prenzlauer Str. 242:
Funktionär-Versammlung
aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem VBMI. angeschlossen sind und zum Metallkartell gehören.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. 2. Diskussion. 111/14
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises einer dem Metallkartell angeschlossenen Organisation und der mit dem Stempel VBMI. versehenen Funktionärkarte.
Das Metallkartell.
J. A.: Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer
einfachen u. besseren Genres
Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Ich fordere die weibliche Person, die sich meiner 3 angenommen hat, auf, sie möchte sich umgehend persönlich bei mir melden. Georg Swensen, Ziegelei Meyenburg (Prignitz).

Die Zahneinkaufsstelle zahlt den großen **Platin** preis. Teleph. Preisauskunft Wilh. 4145

HELENE SIMON
Wohlfahrtspflege
2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 2

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen Sie in ½ Stunde nur **Eckolda** 100000fach zufriedengestellt. Ueber deutsches (u. Fachm. hrg.) Feld w. Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabrik Eckolda-Werke, Essen. Zu hab. in d. Drogerien: Berlin N, O. Kirschke Nchf., Badstr. 2; Brüsseler Drogerie, Brüsseler Str. 49; O. Kanzler, Müllerstr. 152, am Leopoldplatz; Humboldt-Drog., Brunnenstraße 99; Amann, Invalidenstr. 87; G. Lustig, Schönhauser Allee 86; H. Knappe, Reinickendorfer Str. 88; Krah, Reinickendorfer Str. 119; H. Lange, Brunnenstraße 157; H. Schmelzer, Oranienburger Str. 60; Residenz-Drog., Gerichtstr. 22; NO: A. Oderl, Waldenserstr. 18; Drogenhaus Moabit, W. F. Born, Alt-Moabit 45, gegenüber Jingenberstr.; O: Aubreus-Drog., Kleine Andreasstr. 12; Pietsch, Grünberger Str. 7; Gladen-Drog., Petersburger Str. 83, am Baltenplatz; Hubertus-Drog., Ebertystr. 48; SO: Drogenhaus A. Gueffe, Grasstr. 21; E. Berger, Brückenstr. 16; Zentral-Drog. u. Sanitätshaus des Südostens, Dresdener Str. 18; S: S. Lehrke, Kottbuser Damm 81/82; SW: E. W. Beirich, Wilhelmstr. 1; C: Dreger, Neue Promenade 2, Nähe Bahnh. Börse; E. J. Neumann, Stralauer Str. 28; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmersdorfer Str. 135; Pankow: Georg Gergs, Breite Str. 40; Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer, Hauptstr. 4; Steglitz: Drogerie und Parfümerie Grap, Albrechtstr. 11; Tegel: H. Jachmin, Berliner Str. 93; Neukölln: Zentral-Drog., Boddinstr. 65; Tempelhof: Gebrüder Dittner, Berliner Str. 90; Lichtenberg: J. Heinrich, Frankfurter Allee 237.

Poliklinik f. unentgeltliche Beratung
für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrenleiden, frisch u. besonders veraltet, etc., nervöse Störungen, Manneschwäche, Haarausfall usw. jeden Dienstag u. Donnerstag 11—1. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, Berlin NW 117, Rathenower Str. 73, am Kriminalgericht. Belehrende Broschüre völlig diskret gegen 2 M. Leiden angeben.

O. Elsholz Hubertushaus Neanderstr. 2
Letzter Sonnabend
Große Hasen Hasenrücken Hasenkeulen
sauber gespickte Hasen
Wildschwein-, Hirsch- u. Rehbraten
Suppenhühner, Mast-Puten, Enten, junge Hühner.

Auf Teilzahlung!
Anzüge u. Paletots
in moderner Ausführung für
Herren und Burschen
Prima Verarbeitung!
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100
Eing. i. Möbelgeschäft

Sanitätsrat Dr. Wegscheiders
Brust-Tee
n. Orig.-Vorschr. geg.
Husten, Asthma
u. Lungenleiden
Pak. zu 5,— u. 9,50
Elefanten-Apotheke
Berlin SW, Leipzig. St. 74
Dönhoffplatz
Zentr. 7192

Tauben-Zentrale
Neukölln, Kneisebeckstr. 7.
An- u. Verkauf von Flugtauben. Futtermittel ɪc.

Zahngebisse
alte Schmucks. höchstz.
Plat., Gold, Silb.-Bruch
kit. Elmer, NO. Strausberger Str. 24. Straßenbahn 1, 2, 3, 22, 46, 67, 68, 71

Naturarzt und Homöopath
Dr. O. H. Ziemann Habsburger Str. 3 (Nollendorfplatz)
für alle Krankh. Giftfr. Behandlg. ohne Einspritzg.
Geschlechts-krankh., Haut-, Harnleid., Syphilis, Manneschw., Frauenld., Störung., Weißfl. etc. — Sprechstd. 10½-12½, 3-6. Sonnt. 11-12

Drei **Millionen**
Kriegsbeschädigte u. Hinterbliebene, alte u. neue Heeresangehör. und Behörden finden zuverlässig Rat und Auskunft in den schwierigen Fragen d. Militärversorgung.
Kommentar
zum Reichsversorgungsgesetz von Hermann Müller, der alle einschlägigen Gesetze u. Verordnungen umfaßt. Preis 7.— Mark.
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 2

Krause Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer
teils auf Seide, jetzt für 400—600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse 300, Zobelfüchse 400, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.

Bisher unerreichte Vorteile

Herrenstiefel
in feinstem Boxkalfleder, allerbeste Rahmenarbeit, modern ausgestatteter Straßenstiefel. . Mark **278⁵⁰**

Damenhalbschuhe
zum Schnüren, aus gutem Rindboxleder, solide und bequ me Ausführung, sehr bewährtes Fabrikat . . Mark **178⁵⁰**

Damenstiefel
aus echt Chevreau, sorgfältigst verarbeitet u. von hervorragend schöner moderner Form, besonders preiswert M. **248⁵⁰**

Lackhalbschuhe
für Damen, aus vorzüglichem Material, in bester Verarbeitung, sehr elegant und modern ausgeführt . . . Mark **198⁵⁰**

Schon jetzt durch den Ausverkauf unsortierte Mengen und Restpaare ganz außerordentlich billig.

sind die fortdauernd wirkende Anziehungskraft unseres

Inventur-Ausverkaufs

Wir halten nach wie vor, als sein besonderes Merkmal, die einfach überraschend niedrigen Preise, die Ihnen den Kauf sehr erleichtern.

Nutzen Sie diese bis Dienstag nächster Woche dauernde unvergleichliche Gelegenheit aus.

„DER SCHUHHOF"

Berlin W 9, Linkstr. 11 / Spandau, Breitestr. 22

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Ring d. Nibelungen
2. Tag
Siegfried
6 Uhr

Schauspielhaus
Othello
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
7½: Ein Traumspiel
Sonnabend 7½: Ein Traumspiel

Kammerspiele
8: Anatol
Sonnabend 8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½: Orpheus in der Unterwelt
Sonnab. 7½: Orpheus in der Unterwelt

Theater i. d.
Königgrätz. St.
Nur noch 3 Vorstellung.
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Richard, Ander, Engl, Pröckl, Stieda, Dernbg.

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Th.
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Emmy Sturm
Herb. Kiper, Louis Kaliger, Wally Koch

Residenz-Theat
Täglich 7½ Uhr:
Das weite Land
von Schnitzler
Irene Triesch, A. Korff, Schroth, Schönfeld
Stg. 4 Uhr kleine Pr.: Casanovas Sohn

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Olga Limburg, Julius Falkenstein, Albers, Bendow, Junkermann

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Elga
v. Gerhart Hauptmann
(Tilla Durieux, Konrad Veidt, Becker, Klein)
Stg. 4 U., kleine Preise: Mein Freund Teddy

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
7½ Uhr:
Verlorenes Glück
(Spreeathener)

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel"
Goltzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendlich!!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7½ U.: **Masse Mensch**

Lessing-Theat.
7 Uhr: **Peer Gynt**
Sonnab. u. Sonntg ½3: Die rote Robe
Mont 7½: Wenn wir Toten erwachen

Deutsches Künstler-Th
Allabendlich 7½
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Central-Theater
7½ Uhr: **Das Detektivmädel**
Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: **Figaros Hochzeit**
Friedr.-Wilhelmst. Th
7½ U.: **Der fidele Bauer**
Intimes Theater
8: Die badende Nymphe
Eingrausig. Experiment
Gustave, es blitzt
Klein. Schauspielhaus
7½ Uhr **Die Mütter**
Lustspielhaus
8 Uhr: **Der Werwolf**
Metropol-Theater
7½ U.: **D. Straßensängerin**
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: **Königin d. Nacht**
Neues Operettenhaus
Schönebg., Hauptstr 144
8 Uhr: Einmal kommt die Stunde . . .
Neues Theater am Zoo
8 Uhr: **Annette**
Neues Volkstheater
7½ Uhr: Die Gezierten
Der zerbrochene Krug
Schiller-Th. Charlbg.
8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht
Schloßpark-Th Steglitz
Schloßstr. 44
7½ Uhr: **Das Konzert**
Großes Haus
Gastspiel Residenz-Th
7½ U.: **Evchen Humbrecht**
Thalia-Theater
7½ Uhr: Die Herren von und zu . . .!
Theat. am Nollendorfpl.
7¾ U.: **Die Ehe im Kreise**
Theater des Westens
7½ U.: **Der Tanz ins Glück**
Th. i. d. Kommandant. Str
(Jüd. Künstler-Th.)
7½: Jankel der Schmied
Wallner-Theater
7½ Uhr: **Die Spitzenkönigin**
Walhalla-Theater
4 Uhr: Die Mondscheindame

Tägl. 8 Uhr Internat.
SCALA
Varieté
Sonnt. 3½ z. halb. Pr. d. voll. Progr.

BTL
Potsdamer Str. 38
Michael Bohnen
im Sensationsfilm
Der Abenteurer
Turmstr. 12
Se. Exzellenz von Madagaskar
2. Teil: Stubbs, der Detektiv
Alexanderpl.-Pass.
D. indisch. Grabmal
II. Teil
Friedenau, Rheinst
I. Teil

Ausschneiden: Sondervergünstigung für 1—4 Personen

Theater am Nollendorfplatz
Täglich
abends 7¾ Uhr:
Die Ehe im Kreise
Operette in 3 Akten von Hermann Haller u. Rideamus
Musik von Eduard Künneke
1. Bild: Der himmlische Verführer
2. Bild: Eine göttliche Nacht
3. Bild: Am andern Morgen
Die Abonnenten des „Vorwärts" zahlen
halben Kassenpreis
auf allen Plätzen
im Parkett und 1. Rang
Sonntags 5 M. Aufschl.

Vorverkauf von 10½—1 Uhr
Gültig bis 10. Februar 1922

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7¾
Nur noch bis 27. Januar
Der Wegz. Glück
Ab Sonnabend, 28. Jan.
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Geständnis

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132
am Oranienburger Tor
Täglich ¾8 Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grünecker, R. Bergl

Komische Oper
7¾ 7¾
Dir. Jam. Klein
Die große Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der Welt biet. solche Pracht-Ausstattung u. Namen ber. Darsteller
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Dura
Wilh. Hartstein
Franz Gross
Paul Westermeyer
Lotte Werkmeister
Herta Richter
75 Damen-Ballett!
Sonntg. 29. Jan.
Große Volksoper
Nachm. 2½ Uhr
Lohengrin
Vorvkf. ununterbr.

METROPOL VARIETE
Behrenstraße 54
7½ Uhr:
11 Attraktionen!

Apollo-Theater
8 Theater 8
Dir. Jam. Klein
Die Ausstattungs-Varieté-Schau
Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern
Im chinesischen Freudenhause
Auftreten der Chung-Hai-Truppe
Natschas Wüst.-Dressuren
I. d. Hauptrollen
Else Berna
Oscar Sabo
Martin Kettner
Fritz Steidl
Else Reval
Alfred Walters
Maria Voigtsberger
Marion Itting

Admirals-Palast
7½ Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
im Gespensterschloß

Nur noch wenige Tage!
Hagenbeck
Potsd. St. Lütz. 8271
Tägl. ½8 U.: Vorstellung. Ab 8 U.: Endkämpfe der Intern. Meisterschaft • Ringkämpfe i. Mittel- u. Schwergewicht.
Vkf. Tietz u. Tank

Reichshallen-Theater
Allabendlich 7½ Uhr u. Sonnt. nchm. 3 U.
Stettiner Sänger

Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-Brettl:
Anf. 7½ Uhr

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½, Stg auch 3 U.
D. Circ. i. gut geheiz.
Die Erfahrung lehrt es!
Karten für Sonntag m. Vorvkf. entne m
Die Schlange der Burga
u. sämtl. Circ.-Sen.

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritz 10077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.

Elite-Sänger
16 Herren!
Witz! Komik!
Nm. halb. Preise
Vorv. 11-1½ u. 4-6

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/14
Bockbier-Fest in den bayer. Alpen
8 Kapellen 30 bayer. Mad'l
jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag
Großer Ball
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
o
Voranzeige:
Morgen Sonnabend, den 28. Januar
Großer Alpenball

Möbel

Bar **Teilzahlung**
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer sowie Einzelmöbel und farbige Küchen
kaufen Sie heute noch sehr
billig
weil ich noch sehr große alte Lagerbestände besitze, die ich billiger verkaufe, als ich dieselben heute einkaufen würde.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern
Beiser Lothringer Strasse 67

Metallankaufsstelle Osten Grüner Weg 60
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing Blei, Zink etc.

Zähne von **8** M. Erstkl. Ausführ., 5 J. Garantie Umarbeitg. alt. Gebisse Reparat. sof. Goldkronen, Brück. Teilzahl. 9—7 Sonntags 9-1.
Hempel, Dentist, Linienstr. 220 nahe Schönhauser Tor.

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engros-Preisen
Roseneck, Berlin O Schreinerstr. 32 Laden
eine Minute vom Bahnhof Frankf. Allee, und
Neukölln, Ziethenstr. 4, I, an der Bergstr.
Fahrgeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
G. Schliepbacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ecke Kochstraße

Everth & Mittelmann
Bankgeschäft
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4 Gegr. 1875
gegenüber d. Petrikirche
Fernspr.: Zentrum 2373, 7103 u. 11941
An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
Geschäftszeit 9—3

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1.50 M. Das fettgedruckte Wort 3.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das 1. Wort (fettgedruckt) 1.50 M., jedes weitere Wort 1.00 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags in der Hauptexpedition des Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Die Hauptexpedition ist wochentags von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 575, außerdem Alaskafuchs, Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44II, Ecke Kommandantenstraße. •

Auf Teilzahlung Herrenanzüge, Cutaway, Ulster, Schlüpfer. Moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstraße 22a, Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7.

Silberwäsche, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager. Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 18, Alexanderplatz.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. •

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren wegen vorgerückter Saison jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Räumungspreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7. •

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Neh, Germannstraße 35/36, früher Mulackstraße. 824*

Winterulster 300 Mark. Albert Schenk, Köpenickerstraße 127, Hof rechts.

Eiserne Oefen, das Stück 170 Mark abzugeben. Töllen, Kochstraße 50. 823*

Bettwäsche! Jetzt ist es Zeit, noch sehr günstig und billig einzukaufen. Deckbettbezüge 71.—, Kissen 23.—, Bettlaken 31.— an. Bettbezüge, prima Louisianatuch, 165.—, Federdichte Inlette 159.—. Wäschestoffe, Bettsatins, Handtücher, Ueberschlaglaken, beste Qualitäten, außergewöhnlich billig. Enorme Auswahl, nur reellste Qualitäten! Wäschefabrik Stumpe u. Jäger, Landsbergerstraße 88, größtes, bekanntestes Bettwäsche-Spezialgeschäft. •

Bettwäsche allerbilligst! Noch Zeit billig einzukaufen vor Preissteigerung. Deckbettbezug von 70.—, Laken 45.—, Inlette 130.—. Wäschestoffe, Handtücher, Damast, Dimity zu Fabrikpreisen. Stadtbekannt für wirklich billige Preise. Reelle Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide). Fahrtvergütung. Geöffnet bis 7. •

Bettwäsche noch Zeit, billig einzukaufen. Bettbezüge, Kissen, Laken, Handtücher, Damenhemden, Beinkleider, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken, Läuferstoffe, Brücken, Betten. Keine Lombardware. Nur Gelegenheitskäufe im Wäschehof, Leihhaus Moritzplatz 58a. •

Monatsanzüge, Gummimäntel von 250.—. Neue Herrengarderobe verkauft zu Engrospreisen an Privatkunden Alexanderstraße 28a, hochparterre.

Möbel

Möbel immer noch zu alten Preisen. Bar- oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Ganze Einrichtungen, einzelne Möbel. Kostenlose Lagerung. Liefere auch auswärts. Landmehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz). •

Chaiselongue 100.—. Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 100.—, Kinderbettstelle. Meicke, Augustastraße 22a, Quergebäude. 1838*

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 240.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn. •

100!!! entzückende Küchen, weiß, farbig und lasiert, modernste Ausführungen, prima Emaillelack, Riesenauswahl, zu fabelhaft billigen Preisen!! Möbelhaus Osten, nur 30, Andreasstraße 30.

Schlafzimmer !!! echteiche, Ankleideschrank, 1,80 Meter breit, mit prima Kristallspiegel und Schnitzerei, schwere Betten mit Umbau und Auflagen, Nachttische, Apotheken, komplett, Ausnahmepreis 11 800. Besichtigung führt zum Kauf!! Möbelhaus Osten, nur 30, Andreasstraße 30.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, liefert gegen bequeme An- und Abzahlung Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen usw. 1758*

Kaufgesuche

Schallplatten, alte, zerbrochene, Kilogramm 27.—. Plattenumtausch. Gange, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 8725*

Fahrradankauf, Linienstraße 10. 1498*

Mauserpistolen, mit und ohne Anschlagkasten, auch Jagdgewehre kauft Heßfreitsch, Tempelhofer Ufer 10, am Halleschen Tor. •

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königstraße 57 (Alexanderplatz). •

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft. Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstr. 75.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maschinenbauer zur Reparatur an Automaten gesucht. Lofa, Kottbuser Damm 67.

Hosennäherinnen für Knabenhosen, Trägerhosen und Leibchenhosen suchen Karl Wiesner & Co., Grünerweg 2. 745

Tüchtige Portefeuiller, Sattler, Buchbinder
auf photographische Artikel und Kameras für Klebearbeiten sofort gesucht.
Optische Anstalt C. P. Goerz, Akt.-Ges.
Berlin-Friedenau
Vorstellung im Werk Zehlendorf am Schönower Stichkanal, Betriebsgruppe III

ZZ Botenfrauen u. Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:
Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Straße 63
Greifenhagener Straße 22
Immanuelkirchstraße 24
Lausitzer Platz 14/15
Lübecker Straße 11
Markusstraße 36
Müllerstraße 34a
Petersburger Platz 4
Prinzenstraße 31
Steglitzer Straße 37
Wattstraße 9
Wilhelmshavener Str. 48
Borsigwalde, Räuschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Neckarstr. 2 und Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Treskowstraße 27
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13
Treptow, Kiefholzstr. 412

Tüchtige Arbeiterinnen
eingearbeitet auf Klebearbeiten in Leder- und Buchbinderarbeiten, auch solche, die angelernt werden, stellt ein
Optische Anstalt C. P. Goerz, Akt.-Ges.
Berlin-Friedenau
Meldungen im Werk Zehlendorf am Schönower Stichkanal, Betriebsgruppe III